

# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



5. AUGUST 2023 IN BERLIN:  
Reden von der Großdemo © Seiten 12 und 13

Foto: Georgi Belickin/DW

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 143, Samstag, 12. August 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64  
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

## »DER KRIEG GEHT NICHT GUT!«

Wenn die Realität Einzug hält: Noch schlagen sich US-Präsident Joseph Biden (2. von links), EU-Kommissionspräsidentin Ursula Leyen, Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron (v.l.n.r.) auf unsere Kosten die Wänste voll. Doch ihre Abrissparty ist bald vorbei. Titelgestaltung: Feuerstake/Lenz/DW.



**D**ie Kosten sind hoch. In Geld und in Menschenleben. Doch seit dem Beginn der Offensive der ukrainischen Armee im Juni 2023 sind keine nennenswerten Geländegewinne zu verzeichnen. Dieses Fiasko haben wir Deutschen teuer erkaufte.

Seit dem 7. Juni 2023 wurden 271 Quadratkilometer erobert, berichtet die *Frankfurter Rundschau* in Berufung auf Angaben

des US-Instituts für Krieg. Diese Fläche entspricht in etwa einem Zehntel des Saarlandes, anderthalb mal der Fläche der Stadt Saarbrücken. Dafür starben auf russischer und ukrainischer Seite zehn- bis hunderttausende Menschen. Doch unsere Konzern- und Regierungsmedien proklamieren eine Erfolgsmeldung nach der anderen und peitschen uns und die Ukrainer zum Durchhalten ein. »Die entscheidende Phase der ukrainischen Gegenoffensive steht laut Experten noch bevor«, heißt es. Der Endsieg

kommt! Es sind wieder einmal Schlagzeilen aus den Propaganda-Büros der Macht. Wie lange werden wir deren irre Blutpumpe noch weiter arbeiten lassen? Die Führer des Westens haben uns wieder einmal in einen sinnlosen Krieg geschleift, der zu nichts führt und der nicht gewonnen werden kann. Was können diese Leute eigentlich?

Für die Weltmachtträume einer kleinen und bankrotten US-Elite sollen wir Menschen den Kopf hinhalten. Unsere Heizung

wird gesprengt, unsere Industrie verscherbelt, die kritische Gegenöffentlichkeit verleumdet und mal wieder gigantische Schulden aufgenommen. Was haben wir alle davon, außer noch schlechteren Zukunftsaussichten? Wann haben wir dieses Schicksal gewählt? Niemals! Am 5. August 2023 kamen in Berlin rund 10.000 Demokraten zusammen, um gegen den Schrecken ohne Ende zu demonstrieren. Es reicht! (hes)

© Weiterlesen auf Seiten 12 und 13

**4** KLAUS MÜLLER:  
Grüne  
im Kampf  
mit der Natur

**6** DEMOKALENDER  
Der Demokratie-  
bewegung gehört  
die Straße

**9** ANSELM LENZ:  
Mühsal  
in der  
Neoliberalen Epoche

**11** FELIX FEISTEL:  
Umsturz und  
Nato-Machtverlust  
im Niger

# NICHTOHNEUNS.DE



## INHALT #DW143

- »Der Krieg geht nicht gut!«, Seite 1
- Uwe G. Kranz wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne: Der Flow der Macht, Seite 2
- Sommer der Aufklärung: Start einer Anfragen-Kampagne, Seite 3
- Anwalt Gordon Pankalla: Legalität oder Legitimität, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Prof. Dr. Schwab: Lockdown-Entschädigung? Nicht mit dem BGH!, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: In einfachen Schritten zur Vernichtung, Seite 6
- »Schneemänner mit Würde« demonstrieren für Assange-Freilassung, Seite 7
- Ilse Ziegler: Zum zweiten Mal in den Knast?, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Interview mit Widerstandskämpferin Nicole Breloer, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Wer soll die Miete noch bezahlen?, Seite 9
- Motor Mittelstand: Geschichte wiederholt sich, Seite 10
- Ernst Wolff: Ende der US-Dominanz?, Seite 10
- Felix Feistel über den Umsturz in Niger, Seite 11
- Aufarbeitung: Rückblick auf die Demo am 5. August in Berlin, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Von Plünderern »im Dienst«, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Ohnmacht der Rezensionen, Seite 15
- Sport mit Berthold: Der Transfer-Fernsehmarkt, Seite 15
- Christen im Widerstand: The show must go on, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

**IMPRESSUM** | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 143. Ausgabe ab Samstag, 12. August 2023. | Redaktionsschluss war am 10. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

**Chefredakteur:** Anselm Lenz. Stfv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilija Ryvkin, Flo Osraïnik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoversort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzell, Batscha N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

**Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batscha N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S \* M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

**NICHTOHNENS.DE** | Der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungs Erneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



## Ermittler und Vermittler

Der Preis der Republik geht an Uwe G. Kranz  
LAUDATIO von Batscha N'Diaye

»Der Kriminalist Uwe G. Kranz baute das Landeskriminalamt (LKA) nach der Wende in Thüringen auf. Nun ist er in der Demokratiebewegung aktiv und kämpft für den Rechtsstaat.

Gemeinsam mit Marianne Grimmenstein verklagte Kranz die Bundesregierung und Ampelparteien auf Hochverrat. Der Grund: Sie hatten für die Abgabe von demokratischen und rechtsstaatlichen Kompetenzen an die konzernfinanzierte und korrupte Weltgesundheitsorganisation gestimmt. Die Ermittlungsschrift: detailliert. Die Gründe: stichhaltig. Dennoch kam bislang keine Antwort von der Bundesanwaltschaft, die nun Ermittlungen anstellen müsste. Doch das war abzusehen, denn der Apparat verfolgt keine Hinweise, die von kritischen Bürgern eingereicht werden. Das wird auch dem erfahrenen Kriminalbeamten klar gewesen sein.

Warum machte er diesen Vorstoß dann? Im Grundgesetz wird klar festgehalten, dass alle Deutschen das Recht auf Widerstand

haben, »wenn andere Abhilfe nicht möglich ist«. Es zeugt von einem tiefen demokratischen Vertrauen in die Verfassung, dass er diesen Weg der Abhilfe beschreitet. Nimmt der Apparat die Schrift ernst, ist Widerstand womöglich nicht notwendig. Und die Abgabe unserer Rechte an die Konzern-WHO kann auf diesem Weg noch abgewendet werden. Doch dafür müssten die Behörden ihrem verfassungsmäßigen Auftrag gerecht werden.

Selbstverständlich wird Kranz vom Parteien- und Medienkartell verschwiegen, für seine Klarheit belächelt oder direkt verleumdet. Doch das kann einen Macher wie ihn nicht abhalten, das zu tun, was richtig ist: für Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenrechte gegen die übergriffige Konzernherrschaft einzustehen. Uwe G. Kranz verkörpert auch im Ruhestand die wehrhafte Demokratie. Er verteidigt das Grundgesetz vehement und unermüdet, ist fair und gibt dem Staat eine letzte Chance. Ansonsten hat die Demokratiebewegung dank ihm wieder einmal das Recht und die Verfassung auf seiner Seite. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Preis.

**DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN UWE G. KRANZ DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.**

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jøbsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Crefield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Doli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist

aus Siegen), Harrison, Friedemann Dabltz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmair, Perin Dineklj, Volker Bruch, Nils Wehner, Batscha N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürmer, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekanntem Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag  
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64  
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

• DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE •

# Der Flow der Macht

EINWURF von Werner Köhne

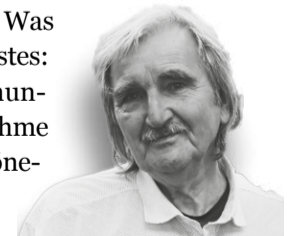
Der Historiker Joachim Fest hat in seiner Hitlerstudie offengelegt, wie sehr es die Nationalsozialisten verstanden hatten, den Alltag so auszugestalten, dass die Menschen das Gefühl hatten, jeder Tag sei für sie ein Festtag, der sie auf magische Weise einte und auf große Plätze zusammenströmen ließ, oft in der Überzeugung es liege etwas Außergewöhnliches in der Luft.

Die Filmaufnahmen von damals verblüffen noch heute in ihrem rauschhaften Drive: Wir sehen Aufmärsche, ein Meer von Fahnen, strahlende Gesichter – und immer wieder ein Hitler in gefilmter Hollywood-Einstellung. Es sind Bilder entfesselter, wenngleich fehlgeleiteter Energie, die Assoziationen wecken zu dem, was wir heute meist wohlwollend *Flow* nennen. Wie wir inzwischen wissen, nutzten die Nazis bald schon diesen *Flow*, um die Menschen auf einen anderen Ausnahmezustand einzuschwören, der ihnen bedingungslose Gefolgschaft und Uniformität abverlangte und Panik zur andauernden Befindlichkeit machte.

Hier kommt der Nazi-Jurist Carl Schmitt ins Spiel, der schon in den 1920er-Jahren verkündete, dass souverän nur der sei, der über den Ausnahmezustand entscheide. Das gelang den Nazis umso leichter, als sie diesen Ausnahmezustand schon in ihren Feiern eingeübt hatten. Aus Festtagen wurden indes nun schicksalhaft auftretende Krisen und biblisch anmutende Heimsuchungen, denen man mit harter Hand und nachhaltig begegnen musste und – nach der Außerkräftsetzung des Rechts – auch durfte. Erleben wir Ähnliches heute?

Offensichtlich ist das strukturell Verbindende zwischen der Coronakrise, der Klimakatastrophe, dem Krieg in der Ukraine und dem *Gender-Wahn*, die Installierung eines von Machteliten verfügten Ausnahmezustandes in Dauerschleife, zusätzlich beschworen durch die Ausrufung eines gefährlichen Feindes, den man bekämpfen müsse. Zu diesen zählen dann die Viren ebenso wie die Corona- und Klimaleugner.

Wie aber ist es heute mit dem *Flow* bestellt, der damals den Nazis weltweit soviel Bewunderung einbrachte? – Den benötigt man heute nicht mehr. Ein schleichender Prozess der Verödung des Lebens und Verwahrlosung der Moral sorgt dafür, dass der Ausnahmezustand auch ohne Vorspiel strikt exekutiert und hingenommen wird; und Eliten sich dazu wahllos ihre Themen aussuchen können. Was kommt da als Nächstes: Ernährungsverordnungen? Zwangsteilnahme an Hööööött Gröne-meyer-Konzerten?



## DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112



# SOMMER DER AUFKLÄRUNG

Wie wenig war das Gesundheitssystem unter Corona tatsächlich gefährdet?  
Start einer Anfragen-Kampagne | Von Hendrik Sodenkamp

**E**s gab nie eine gemeingefährliche Corona-Seuche. Was diese Zeitung seit ihrer ersten Ausgabe schreibt und dank der Unterstützung von Hunderten und teils Tausenden in die Republik trägt, dringt zunehmend durch. Nun starteten der Arzt Gunter Frank und der Datenanalyst Tom Lausen eine Aufklärungskampagne.

Tom Lausen wurde deutschlandweit mit seinem Bestseller-Buch *Die Intensivbetten-Mafia* bekannt, das er gemeinsam mit dem Journalisten Walter von Rossum Ende 2021 im Rubikon-Verlag veröffentlichte. Darin legte er ausführlich dar, wie von der Bundesregierung Anreize geschaffen worden waren, um während der proklamierten Jahrhundertseuche Intensivbettenkapazitäten abzubauen und so eine Überlastung zu simulieren. DW berichtete über diese staatlichen Vorgänge in Berufung auf Nachforschungen des Unternehmers und Aufklärers Samuel Eckert bereits vor Erscheinen des Buches. Die vermeintlich drohende Überlastung des Gesundheitssystems bildete die Rechtfertigungsgrundlage für die Corona-Maßnahmen und folglich die Einführung der neuartigen und gesundheitsschädlichen Genspritzen.

Nun bieten neue Daten des Instituts für das Entgeltssystem im Krankenhaus (InEK) den Anlass für eine Aufklärungskampagne. Diese Daten belegen erneut, dass es in den Jahren ab 2020 eben keine Überlastung des Gesundheitssystems gegeben hat, sondern vielmehr eine historische Unterbelegung in den Krankenhäusern: Im Jahr 2019 ist vom InEK eine sogenannte Fallzahl von 19.241.830 angegeben, wohingegen in den Jahren 2020 nur 16.704.757 und 2021 sogar nur 16.665.365 als Fallzahlen verzeichnet sind – ein Minus von jeweils mehr als 13 Prozent. »An und mit Covid-19« machten dabei mit 111.324 (2020) und 276.332 (2021) jeweils 0,67 Prozent (2020) bzw. 1,66 Prozent aller Fallzahlen in den Krankenhäusern aus. Auf den Intensivbetten stellte sich die Unterbelegung ähnlich dar: 2.267.118 werden vom (InEK) als

»Fallzahlen« zur Intensivbelegung im Jahr 2019 angegeben, im Jahr 2020 dann nur noch 2.049.247 (minus 9,6 Prozent) und im Jahr 2021 1.897.001 (minus 16,33 Prozent (!) im Vergleich zu 2019). Ein gigantischer Schwund an Intensiv-Patienten. »Corona« hat laut diesen Daten 2020 einen Anteil von 1,3 Prozent (Fallzahlen 27.469) und 2021 einen Anteil von 3,6 Prozent (Fallzahlen 68.228) an sämtlichen Intensivfällen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass durch Abrechnungs-Anreize für Covid-Patienten (an und mit, PCR-Testungen an allen Enden und Ecken) von einem noch niedrigeren Durchschnitt auszugehen ist. Die Autoren Frank und Lausen rechnen mit eins Prozent Corona-Intensivpatienten auf den Intensivstationen statt dem angegebenen Durchschnittswert von zwei Prozent.

Um ein klareres Bild zu vor Ort zu zeichnen, und um Druck auf die lokalen Verantwortlichen in den Krankenhäusern und der Verwaltung zu erhöhen, starteten der Arzt Gunter Frank und der Datenanalyst nun eine Anfragen-Kampagne. Jedem, der tätig werden will, stellen sie einen Briefvordruck zur Verfügung, der an die Geschäftsführung des eigenen örtlichen Krankenhauses versendet werden kann. Die Antworten können dann gesammelt und ausgewertet werden.

Hier der Brief im Wortlaut:

An das Krankenhaus XYZ  
Geschäftsführung

Betreff: Auskunft über Belegzahlen 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 sowie Beträge der jeweiligen Gesamteinnahmen dieser Jahre

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...,

gemäß dem Auskunftsanspruch, verankert im deutschen Presserecht, möchte ich Sie analog zur der vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebenen Analyse der Krankenhausbelegung, die unter dem Namen »Analysen zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser und zur Ausgleichspauschale in

der Corona-Krise. Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2020« auf dessen Internetseite im Frühjahr 2021 veröffentlicht wurde, um folgende Auskünfte bitten:

Wie gestaltete sich die Gesamtbelegung des/der Krankenhauses/-häuser ..... in den Jahren 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022? Sowohl in Prozent der Fallzahlen insgesamt (bezogen auf 100 Prozent der möglichen Gesamtauslastung) und in Bezug auf die absolute Zahl an Patiententagen. Wie war die Belegung auf Normalstation und wie auf Intensiv, sowohl in Prozent als auch in absoluten Patiententagen?

Wie hoch war in Prozent der Gesamtbelegung als auch in Bezug auf absolute Patiententage 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 der Anteil an Patienten mit der Diagnose Atemwegsinfektion?

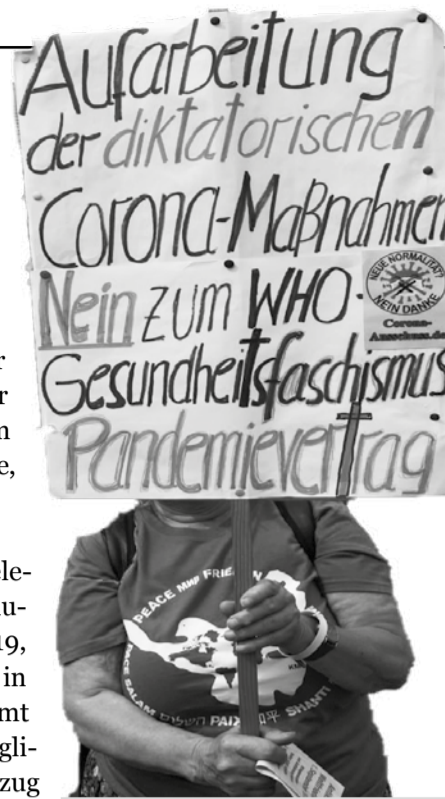
Wie hoch war in Prozent als auch in Bezug auf absolute Patiententage im Jahr 2020, 2021, 2022 der Anteil an Patienten mit der Diagnose Covid insgesamt? Sowohl auf Normalstationen als auch auf den Intensivstationen?

Wie viele der mit der Diagnose Covid codierten Patienten hatten keine Nebendiagnose?

Wie viele Patienten mit der Diagnose Covid wurden in absoluten Zahlen 2020, 2021 und 2022 auf der Intensivabteilung behandelt und wie viele sind davon gestorben? Wie hoch war das Durchschnittsalter der Verstorbenen?

Wie viele der auf der Intensivabteilung behandelten Covidpatienten wurden invasiv beatmet (narkotisiert und intubiert), in Prozent und in absoluten Zahlen? Wie viele sind im Laufe der invasiven Beatmung gestorben?

Wie hoch war die Gesamtsumme der Einnahmen für die Jahre 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022?



Schild bei der Demo am 5. August 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW

Wie wurde sichergestellt, dass die Meldungen der stationären Covid-Patientenzahlen aus den Kliniken an die Behörden auch wirklich nur symptomatische Covid-Erkrankte betrafen? Wie wurden symptomatische Covid-Patienten von zum Beispiel Patienten mit Herzproblemen oder Frakturen unterschieden, die zwar einen positiven Corona-Test hatten, aber keine Lungensymptome aufwiesen und somit klinisch nicht an Covid erkrankt waren?

Über eine baldige Antwort würde/n ich/wir mich/uns freuen. Gerne auch als E-Mail an: ...@.....  
Mit freundlichen Grüßen

...

## MELDUNG

### IMPFGUNG? REGIERUNG AUF GEWOLTEM BLINDFLUG

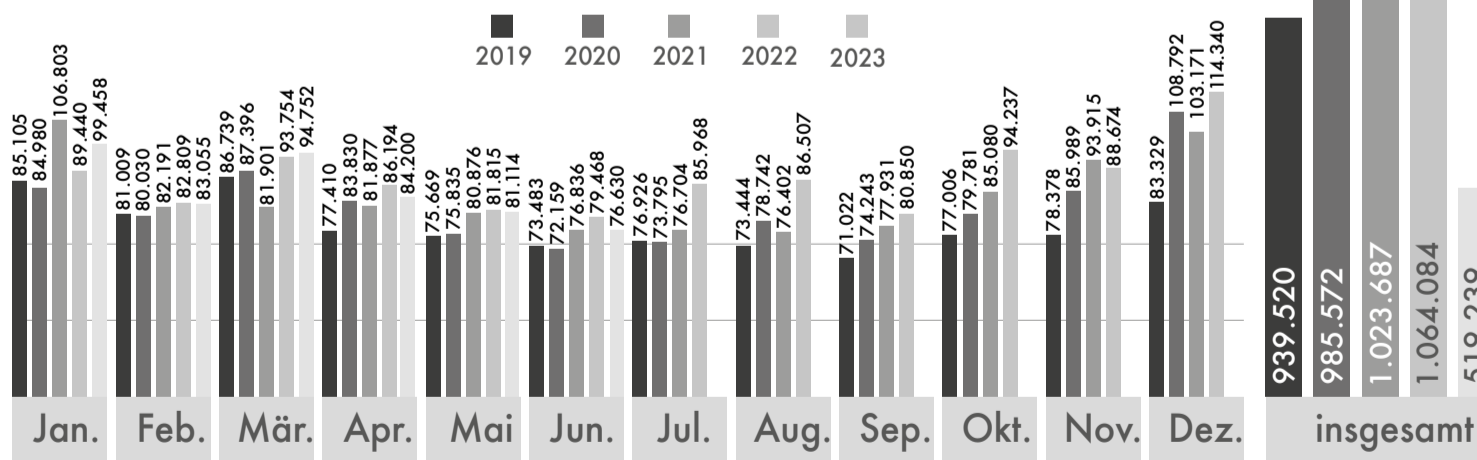
Berlin/DW. Der Bundesregierung liegt keine Evidenz vor, dass die Pfizer-mRNA-Spritze mehr genutzt als geschadet hat. Dies geht aus der Antwort des Bundesministeriums für Gesundheit vom 4. August 2023 hervor. Die Bundesregierung habe keine Daten aus placebo-kontrollierten, randomisierten und verblindeten wissenschaftlichen Studien, so die Antwort des parlamentarischen Staatssekretärs Prof. Edgar Franke auf die schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Roger Beckamp (AfD). Basisdemokraten hatten 2021 eine ähnlich gearteten Studie »Die Kontrollgruppe« gestartet. Mit dem Ergebnis, dass die Impfung mehr schadet als hilft (DW berichtete). (hes)

### KREISLAUFWIRTSCHAFT

Berlin/DW. Pfizer verdient Milliarden, an den selbstverursachten Herzschäden. Wie der Wissenschaftsblog tkp.at meldet, hat der US-Pharmakonzern den Kauf des Medikamentenherstellers Arena Pharmaceuticals für 6,7 Mrd. Dollar bekannt gegeben. Dieser ist ein Marktführer bei der Entwicklung von Medikamenten zur Behandlung von Autoimmun-Erkrankungen und Thrombosen, die häufig durch Impfschäden verursacht werden. »Wir glauben, dass diese Transaktion der beste nächste Schritt sowohl für Patienten als auch für Aktionäre ist«, so der Konzernsprecher Aamir Malik. Dem Konzern waren die Nebenwirkungen seiner Spritzen bekannt. (hes)

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Sterbefallzahlen Deutschland



## WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.



# LEGALITÄT ODER LEGITIMITÄT

**Wir sollten den Rechtsstaat nicht über Bord werfen, sonst herrscht allerorts die Willkür** | Eine STREITSCHRIFT von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

**J**ede Form politischer Herrschaft basiert nicht nur auf dem Herrschaftsanspruch, sondern auch auf der Bereitschaft der Beherrschten zur Anerkennung der Herrschaftsbeziehung, auf dem Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der politischen Herrschaft.

Soll die Herrschaft nicht nur durch Willkür und Zwang aufrechterhalten werden, muss sie die Grundsätze formeller Rechtmäßigkeit (Legalität) beachten und auf dem Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Herrschaft beruhen. Ein Problem entsteht dann, wenn große Teile der Bevölkerung an den Grundwerten oder an der Rechtmäßigkeit des Handelns der Herrschenden zweifeln. Ich glaube, dass wir es inzwischen damit zu tun haben, denn viele glauben nicht mehr daran, dass der Staat rechtmäßig, also legal, handelt.

Auf der einen Seite stehen die sogenannten Schwurbler, die sagen, die Coronamaßnahmen der Regierung waren unrechtmäßig, weil diese nicht zur Kenntnis nahm, was

Wissenschaftler wie John Ioannidis oder auch Dr. Wolfgang Wodarg gesagt hatten. Die Maßnahmenkritiker beklagen bis heute, die ihrer Ansicht nach zu Unrecht erfolgten Grundrechtseinschnitte. Auf der anderen Seite sehen wir die »Klima-Kids«. Auch sie erkennen die staatlichen Regelungen nicht mehr an. Straftaten wie Nötigungen im Straßenverkehr bezeichnen sie selbst verhängnisvoll als zivilen Widerstand, schließlich ginge es ja darum, höhere Werte zu schützen.

## DER WERT DER RECHTSSICHERHEIT

Sich über den Rechtsstaat hinwegzusetzen und das materielle Recht nicht mehr anzuerkennen, hat also Hochkonjunktur. Auf der einen wie auf der anderen Seite. Der Querdenken-Anwalt Ralf Ludwig meinte kürzlich auf einer Pressekonferenz, das materielle Recht sei nur eine Erfindung von Menschen. Ja, sicherlich sind es Menschen, die Gesetze und Verordnungen machen, aber wo kommen wir hin, wenn jeder meint, dass er sich nicht mehr an das Recht halten muss?

Ein Beispiel für diesen Widerstreit ist der Prozess um den Bochumer Mediziner Dr. Heinrich Habig, der wegen Ausstellen falscher Impfausweise zu zwei Jahre und zehn Monate Haft verurteilt wurde. Dass Habig tatbestandsmäßig gehandelt hat, bestreitet niemand, aber viele wollen einen Rechtfertigungsgrund für sein Handeln erkennen. Das Gericht lehnte diesen aber mit dem Hinweis darauf ab, dass dies gegen Gesetze nicht möglich sei, immerhin bestand für die Betroffenen die Möglichkeit, gegen den indirekten Impfzwang zu klagen. Das Rechtsempfinden darüber, ob eine Tat legitim ist, obwohl sie nicht legal ist, geht also häufig weiter auseinander.

In der Tat muss ich mich der Meinung der Gerichte anschließen. Was nicht erlaubt ist, muss bestraft werden. Sonst würde das Chaos ausbrechen, wenn jeder glaubt, dass er wegen seinen vermeintlich guten Motiven das materielle Recht nicht mehr beachten muss. Aber: Die »edlen Motive« einer Tat sind bei der Strafzumessung zu berücksichtigen. Außerdem hat Habig aus meiner Sicht gesellschaftlich keinen großen Schaden verursacht, wenn man berücksichtigt, dass die Impfung gar nicht vor Ansteckung anderer Menschen schützte. Ich halte die Strafe daher für viel zu hoch. Und ich sehe auch keine Gründe für eine Untersuchungshaft des Bochumer Mediziners.

## UND BIST DU NICHT WILLIG, SO ...

Während auf der einen Seite die »edlen Motive« der Klimakleber stets hervorgehoben

und bei Strafmaß berücksichtigt werden, hält die Corona-Justiz trotz aller heutigen Erkenntnisse an ihrer Rechtsprechung fest. Es scheint fast so, als habe man Angst davor, die Fehlurteile der Vergangenheit nun in Frage zu stellen. So entschied nun auch der Bundesgerichtshof, dass es keine Entschädigungen für Verdienstauffälle in der Lockdown-Zeit geben werde, denn die Einschränkungen seien nach Meinung des Bundesgerichtshofs schließlich verhältnismäßig gewesen. Bis an diesem Narrativ gerüttelt werden kann, müssen meiner Ansicht nach noch 20 Jahre vergehen. Erst wenn die Entscheidungsträger aus Politik und Justiz nicht mehr im Amt sind, wird eine andere Beurteilung möglich sein.

Aber egal auf welcher Seite man auch stehen mag, der Glaube an den Staat ist zweifellos beschädigt worden und dies verleitet immer mehr Menschen dazu, zu glauben, sich nicht mehr an das Recht halten zu müssen, oder sogar dem Staat die Anerkennung zu verweigern. Ein Staat, der seine Herrschaft aber nur noch mit Zwang durchsetzen kann, hat ein Problem und daher wundert es mich auch gar nicht, was wir aktuell erleben, denn eine Besserung ist kaum in Sicht. Corona hat die Türe zum Ideologiestaat geöffnet und so wird es auch weitergehen ...



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

## Grüne Logik: Wer braucht schon Natur, wenn er erneuerbare Energien haben kann?

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

**L**iebe Leser, das Wetter macht das, was wir alle tun sollten: Es verweigert sich dieser irr-sinnigen und kranken Politik. So erleben wir derzeit den wohl nassensten und kühlestes Hitzesommer aller Zeiten. Klar ist: Seinen Hitzeschutzplan wird Karlatan nicht einmotten.

Was schrieben die Acura Kliniken Baden-Baden am 1. August auf Facebook? »Schickt diesen Typen in die Hölle und wünschen wir ihm den baldigen Hitzetod! Oder überweisen wir ihn als Patienten in eine von ihm ausfinanzierte Psychiatrie.« Das miese Wetter hindert unsere völlig abgehobene Politik nicht daran, mit ihrem perfiden Spiel weiterzumachen: Nach Plandemie und anhaltender Kriegstreiberei steht längst der angeblich menschengemachte Klimawandel auf der Agenda. Und diese lässt sich am einfachsten Hand in Hand mit dem Staatsfunk, auch ÖRR genannt, und den staatshörigen *Mainstream*-Medien umsetzen.

Der Regen wird in den Propaganda-Nachrichten nicht verschwiegen. Aber ich bin mir sicher: Hätten sie den Dauerregen demontiert und stattdessen behauptet, der Himmel würde aufgrund der Erderwärmung einfach nur stark schwitzen – es hätten sich garantiert Leute gefunden, die auch das geglaubt hätten. Nicht von ungefähr darf sich ein Märchenbuchautor bei uns Wirtschaftsminister nennen. Würde er doch nur endlich zurücktreten. Seine ruhmreiche Karriere wäre nicht zu Ende, er würde nur erstmal aufhören, Entschuldigung, Scheiße

zu bauen. In einem Interview mit der Funke Mediengruppe sagte der Insolvenzexperte nun, dass der Standort Deutschland stark sei, unser Mittelstand ebenso. Was genau meint er damit? Dass er für deren Zerstörung etwas mehr Zeit benötigt als gedacht?

Falls Sie noch ÖRR gucken: Am Dienstag wird »ZDFzeit: Trocknet Deutschland aus? Gefahren, Fakten, Lösungen« ausgestrahlt. Vor allem mit Fakten kennen sie sich beim ÖRR ja gut aus. Hier wird gerne getreu dem Motto verfahren: Was nicht passt, wird passend gemacht. Hauptsache, es dient der links-grünen Agenda. Wie war das noch mit der zufälligen Passantin, einer eigenen Mitarbeiterin, in der »Berichterstattung« über die »wahren Preise« von Penny? Inzwischen ein vielfach abgewandelter *Running-Gag* im Netz. Der ÖRR sieht sich Spott und Häme ausgesetzt. Glaubwürdigkeit? Für immer verloren! Das eint unsere Polit-Figuren und den ÖRR: Sie agieren dilettantisch und dummdreist ohne jegliches Schamgefühl.

Die *WDR*-Sendung »Monitor« zeigt jetzt offen, wie *Framing* funktioniert. In einem Beitrag auf *Instagram* unter der Überschrift »Verharmlosende Klima-Sprache« gibt »Monitor« vor, von welchen Begriffen bei diesem Thema abgesehen werden und welche man stattdessen verwenden sollte: Klimakrise statt Klimawandel, Klimaleugner statt Klimaskeptiker, Erderhitzung statt Erderwärmung, Atomenergie statt Kernenergie. Die passenden Erklärungen dazu: Klimawandel würde zu sanft und nach einem

natürlichen Prozess klingen, Skepsis suggeriere Nachdenken, dabei gebe es ja keinen Zweifel an der menschengemachten Klimakrise. Leugner und eine Wissenschaft, die nicht zweifelt – das kennen wir doch irgendwoher. Erderwärmung klinge zu »angenehm und positiv«, Kernenergie »technisch und sauber«. Kann man sich alles nicht mehr ausdenken.

In Österreich sind sie auch nicht besser dran. Dort zog Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) Parallelen zwischen Plandemie und Klimawandel. Man habe es in der Pandemiebekämpfung geschafft, weltweit in einer Radikalität zu agieren mit vollkommen unvorstellbaren Maßnahmen. »Die Frage ist«, so Rauch, »wie viel Radikalität trauen wir uns in der Bekämpfung der Klimakrise zu?« Also Radikalität statt Freiheit, Grundrechte und Demokratie. Ich wiederhole mich: Die vermeintlichen Volksvertreter agieren für jeden ersichtlich nicht zum Wohle der Bürger. Aber vielen gefällt's offenbar. Wie sagte Voltaire? »Es ist schwierig, Narren von den Ketten zu befreien, die sie verehren.« Noch-Kanzler Karl Nehammer möchte übrigens das Recht auf Bargeld in der Verfassung verankern. Damit greift er in seiner Verzweiflung – schließlich laufen ihm die Wähler in Scharen davon – eine Idee der FPÖ auf. Eine Idee übrigens, die die Nachrichtenagentur Reuters als rechtsextrem einstuft. Irre!

Was ist noch passiert in den vergangenen Tagen? Ulrike Guérot warf Markus Lanz vor, sie krank gemacht zu haben:



Grüne im Kampf mit der Natur Foto: Georgi Belickin

Scheidenherpes! Ja, wenn man Wert auf seine (auch mentale) Gesundheit legt, sollte man sich diesen Müll nicht geben – nicht als Zuschauer und schon gar nicht als normaldenkender Gast, der schon vor der Sendung weiß (oder wissen müsste), dass man versuchen wird, ihn fertig zu machen. In Bad Freienwalde will ein Investor laut *taz* 370 Hektar Wald roden, um eine riesige Photovoltaikanlage zu errichten. Wer braucht schon Natur, wenn er erneuerbare Energien haben kann, für die es Garantievergütungen gibt? Die Unternehmen Costa Coffee und Dr. Martens, ein Schuhhersteller, werben derweil in den sozialen Medien mit Transjugendlichen mit abgeschnittenen Brüsten. Was das soll? Keine Ahnung! Aber mich wundert seit nunmehr drei Jahren gar nichts mehr.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.





Demokrat bei der Berliner Großdemo mit einer klaren, fairen und sofort umsetzbaren Forderung. Foto: Georgi Belickin/DW



## LOCKDOWN- ENTSCHÄDIGUNG? NICHT MIT DEM BGH!

KOLUMNE RECHTSSTAAT  
von Prof. Dr. Martin Schwab

**Nach den Gastronomen und den Frisuren lässt der BGH auch die Künstler auf ihren Lockdown-bedingten Einnahmeausfällen sitzen. Dem BGH fehlt jeglicher Respekt vor Menschen, die ihren Lebensunterhalt auf eigenes wirtschaftliches Risiko selbst erwirtschaften.**

Mit Urteil vom 17.3.2022 (III ZR 79/21) hatte der BGH bereits Gastronomen einen Anspruch auf Entschädigung für die Lockdown-bedingten Einnahmeausfälle verwehrt. Für rechtmäßige Infektionsschutzmaßnahmen sehe das Gesetz an einigen wenigen Stellen punktuelle Entschädigungsansprüche zu (z.B. §§ 56, 60, 65 IfSG). Diese stellten eine abschließende Regelung dar. Eine Entschädigung, die es nach diesen Vorschriften nicht gebe, gebe es auch auf der Grundlage anderer Vorschriften nicht. Konsequenterweise stellte sich die Folgefrage, ob der Staat nicht verpflichtet gewesen wäre, zusammen mit dem Lockdown einen solchen Entschädigungsanspruch vorzusehen. Nein, urteilte der BGH am 11.5.2023 (III ZR 41/22) und versagte auch Frisuren eine Entschädigung für eine sechswöchige Betriebsschließung. Sechs Wochen keine Einnahmen? Nicht so schlimm angesichts der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Folgen der »Pandemie«. Das sei nun einmal das typische Unternehmerrisiko. Und die Leistungsfähigkeit des Staates sei begrenzt.

### CORONA-HILFEN ENTPUPPTEN SICH ALS PSEUDO-HILFEN

Nunmehr hatte ein Künstler geklagt, dessen Auftritte zu Beginn der Corona-Krise vier Monate lang durch die Corona-Verbote

unmöglich geworden waren. Seiner Meinung nach waren die Maßnahmen rechtswidrig und lösten aus diesem Grund einen Entschädigungsanspruch aus. Nichts da, urteilte der BGH am 3.8.2022 (III ZR 54/22): Die Infektionszahlen und Todesfälle seien damals exponentiell angestiegen. Darauf habe der Gesetzgeber mit Kontaktbeschränkungen reagieren dürfen. Die daraus resultierenden Auftrittsverbote seien rechtens gewesen. Das beklagte Land habe sogar finanzielle Corona-Hilfen gewährt. Und die Maßnahmen seien befristet gewesen.

Aus diesen drei Urteilen spricht der blanke Zynismus. Die viel gepriesenen Corona-Hilfen entpuppten sich nämlich alsbald als Pseudo-Hilfen mit Ätch-Effekt: Die Hilfen mussten, obwohl unter Vorbehalt der Rückforderung gewährt, versteuert werden. Sie durften nicht für den eigenen Lebensunterhalt verwendet werden, und wer es doch tat, riskierte einen Besuch der Staatsanwaltschaft. Mittlerweile werden die Hilfen reihenweise zurückgefordert.

### FOLGEN DER EXISTENZVERNICHTUNG: ETLICHE KÜNSTLER WÄHLTEN DEN FREITOD

Wie das Leben von Künstlern im Lockdown wirklich aussah, schilderte Julia Neigel kürzlich in einem Interview: Sie wurden wegen ihres Lebensunterhalts eiskalt zum Jobcenter geschickt. ALG II. Eigentlich für Menschen, deren Arbeitskraft niemand nachfragt. Die Leistungen der Künstler wären aber doch ohne Lockdown nachgefragt worden! Beim Jobcenter hieß es, Geld gebe es erst, wenn der Künstler seine Instrumente verkaufe (mit deren Hilfe er doch nach dem Lockdown wieder Geld verdienen wollte!), und außerdem könnte man sich ja auch vom Ehepartner aushalten lassen. Nicht alle Künstler verkrafteten diese Kumulation von finanzieller Existenzvernichtung und persönlicher Demütigung: Etliche wählten den Freitod.

Schön, dass die BGH-Richter ihr Gehalt der Besoldungsgruppe R6 jeden Monat pünktlich aufs Konto bekamen. Und das in diesem Fall für krasse Minus-Leistung: Erstens ist das Narrativ, dass sich im Frühjahr 2020 die Infektionszahlen exponentiell ausbreiteten, längst widerlegt. Man kann bei Lothar Wieler im Epidemiologischen Bulletin Nr. 39/2020 nachlesen, dass ein PCR-Test nicht nachweist, ob ein Virus sich vermehrt (ebenda Seite 5), was nach § 2 Nr. 2

IfSG aber Voraussetzung für das Vorliegen einer Infektion ist. Man kann ebenda Seite 8 nachlesen, dass ein bis maximal zehn Prozent aller positiven Tests wirklich ansteckungsfähiges Virus enthalten. Die Inzidenzwerte waren also gelogen. Man kann bei den Berichten der Arbeitsgruppe Influenza beim RKI nachlesen, dass im Sentinel (§ 13 Abs. 2 IfSG) zwischen KW 16 und KW 38 kein einziger Fall von COVID-19 gemeldet wurde. Und Stefan Homburg hat bereits im April 2020 anhand des RKI-Dashboards gezeigt, dass schon vor den Lockdown-Beschlüssen die Virusaktivität wieder zurückging.

Zweitens wäre der Gesetzgeber – selbst wenn man von der Rechtmäßigkeit der Corona-Verbote ausgeht – sehr wohl verpflichtet gewesen, Entschädigungsansprüche vorzusehen. Der BGH erkennt selbst an, dass die Maßnahmen in das Eigentum der jeweiligen Kläger, nämlich in deren Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb eingriffen. Angesichts dessen, dass Unternehmer vom einen Tag auf den anderen keine Einnahmen mehr hatten, ohne dass sie etwas dafür konnten, wären diese Verbote als Bestimmung der Schranken des Eigentums nur rechtens gewesen, wenn zeitgleich ein Entschädigungsanspruch normiert worden wäre. Es handelt sich nämlich gerade nicht um das typische Unternehmerrisiko, sondern um die Folgen staatlicher Verbote. Der Unternehmer, der den Staat in guten Zeiten mit seinen Steuern trägt, darf erwarten, in schlechten Zeiten vom Staat getragen zu werden.



Foto: Videostill

**»Wenn ich anfangs, das Personal nach den Kriterien Hautfarbe oder Sexualität auszuwählen, dann wandere ich zurück in eine rassistische Gesellschaft, in eine Stände-Gesellschaft.«**

Journalist Ralf Schuler in einem Vortrag zum Thema  
»Die woke Blase und was dahinter steckt«

## MELDUNG

BAYERISCHE GRÜNEN-CHEFIN  
DER LÜGE ÜBERFÜHRT

Chieming/DW. Bei einer Grünen-Kundgebung in einem Bierzelt in Chieming am 1. August wurde die bayerische Faktionschefin Katharina Schulze mit lautstarken Pfiffen und »Hau ab«-Rufen bedacht. Sie versuchte, sich nichts anmerken zu lassen, wollte die Missfallensäußerungen weglächeln, was ihr jedoch nicht gelang. Wenig souverän zeigt sie sich auch nach der Veranstaltung. Gegenüber dem Bayerischen Rundfunk erklärte sie, so eine Stimmung »noch nie erlebt« zu haben, zudem beschwor sie eine demokratiefeindliche Bedrohung herauf und sprach von massivem Polizeischutz. Wie das Nachrichtenportal *nius.de* berichtet, erklärte die Polizei Oberbayern Süd jedoch, dass es »keine Gefährdung für anwesende Personen« gab. Und Polizeischutz habe nur Landwirtschaftsminister Cem Özdemir erhalten, der ebenfalls gnadenlos ausgepfiffen wurde. (kmü)

BUNDESWEHRSOLDATEN  
VERWEIGERN KRIEGSDIENST

Berlin/DW. Eine Kleine Anfrage der Linken-Fraktion ergab: Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt trotz seit 2011 ausgesetzter Wehrpflicht kontinuierlich. Dies berichtet die Bild. 2020 gab es 142 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung, 2021 wurde ein leichter Anstieg auf 209 verzeichnet. 2022 stieg die Zahl um mehr als das Fünffache auf 1.123 Anträge. Und der Trend hält an: Im laufenden Jahr waren es bis zum 30. April bereits 672 Anträge. Neben Reservisten und Berufssoldaten reichen auch Ungediente ihre Verweigerung ein, obwohl sie dafür zunächst zur Musterung antreten müssen, zudem ist die aktive Verweigerung mit langen Wartezeiten verbunden. (kmü)

ALTERNATIVE  
FÜR DEUTSCHLAND?

Magdeburg/DW. Kein Nato-Austritt im Programm. »Die Nato ist zum derzeitigen Zeitpunkt völlig alternativlos«, so der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, Maximilian Krah, beim Parteitag in Magdeburg am vergangenen Wochenende. Man strebe lediglich an, dass diese »nicht mehr alternativlos sei«, so Krah weiter. Der Schlingerkurs der Partei wird intern kritisiert: »Man wird sehen, ob diese Ausrichtung geeignet ist, breite Kräfte zu bündeln oder ob die Scheu vor klaren Forderungen am Ende als Hemmschuh wirken muss«, kommentierte das AfD-nahe *Compact*-Magazin. (hes)

## ZITAT DER WOCHE



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische AZ • Rathaus  
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburg Allg. • Maximilianstr. 3  
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee  
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt  
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2  
COBURG: Montag 18.00 • Neue Presse • Rathaus  
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke  
DORNBERN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1  
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8  
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132  
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1  
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus  
• Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22  
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bismarckplatz  
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFF • Friedrich-Ebert-Str. 46  
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3  
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz  
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1  
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz  
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai  
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen  
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5  
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal  
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20  
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt  
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz  
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio  
• Schlossgartenallee 61  
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz  
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus  
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse  
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

## IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz  
- ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus - BAD  
LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz - BERLIN-  
KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apo-  
theke - BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am  
Ringcenter 2 - DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18  
Uhr, am Löwenplatz - DINGELSTÄDT, 19 Uhr,  
am Rathaus - EINBECK, 18 Uhr, am Till-Eulen-  
spiegel-Brunnen - ELSHORN, 18.30 Uhr, am  
Rathaus - FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rat-  
haus - FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz  
- GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus - GLAS-  
HÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus - GRIMMEN,  
18 Uhr, am Kulturhaus Europas - HAMMERS-  
BACH, 18 Uhr, am Rathaus - KALTENNORD-  
HEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz  
nahe Kirche - KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18  
Uhr, am Kirchplatz - LAUENBERG, 18 Uhr,  
am Rathaus - LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten  
Rathaus - MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal  
vor der Schifferkirche - NEUBRANDENBURG,  
19 Uhr, am Marktplatz - ORANIENBURG, 18  
Uhr, am Schlossplatz - OSTSTEINBECK, 18  
Uhr, an der Bücherhalle - SCHLOSSVIPPACH,  
19 Uhr, am Rathaus.

## KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!  
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER  
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLIT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

## DEMOTERMINEN DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: [veranstaltung@demokratischerwiderstand.de](mailto:veranstaltung@demokratischerwiderstand.de)

Sa, 12.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 12.8.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-Bhf Wollankstraße	Autokorso • Picknick
Sa, 12.8.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 12.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 12.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 12.8.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 12.8.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 12.8.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 12.8.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausurmplatz	Spaziergang
So, 13.8.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 14.8.2023 19:20-30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19:20-30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bfschwaben.de)	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Bad Hamburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 14.8.2023 19:20-30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlschorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee, am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 14.8.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 14.8.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:20-30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Hamel, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisell	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinstreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 14.8.2023 19:20-30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Rothweil, Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:45-20:15 Uhr	Sölingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-20 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 14.8.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19:20-30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 14.8.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 14.8.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 14.8.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 14.8.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 15.8.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 15.8.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 15.8.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 15.8.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 15.8.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Spaziergang
Mi, 16.8.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Demoaufzug
Mi, 16.8.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 16.8.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 16.8.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 16.8.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 16.8.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 16.8.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 16.8.2023 19:20-30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 16.8.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 16.8.2023 19:20-30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Sa, 16.8.2023 14-18 Uhr	Wuppertal, am Geschwister-Scholl-Platz	Demo und Aufzug
Mi, 16.8.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 17.8.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 17.8.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 17.8.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 17.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 17.8.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 17.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 17.8.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 17.8.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 17.8.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 18.8.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 19.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 19.8.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 19.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 19.8.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 19.8.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 19.8.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 19.8.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 19.8.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 4.9.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 6.9.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwannenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse [veranstaltung@demokratischerwiderstand.de](mailto:veranstaltung@demokratischerwiderstand.de) senden.  
Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • NEWSLETTER ABONNIEREN



## IN 15 EINFACHEN SCHRITTEN ZUR VERNICHTUNG

KOLUMNE FREUND  
UND HELFER

Von Björn Lars Oberndorf

Als Kind las ich das folgen-  
de Zitat im Klappentext des  
1971 erschienenen Buches »Der  
Adler der Neunten Legion« von  
Rosemary Sutcliff: »Wissen um  
die Vergangenheit schärft das  
Bewusstsein für die Gegenwart«.  
Dieses Zitat begleitet mich seit  
damals.

Vor ein paar Jahren stolperte ich  
über ein Konzept von Frau Natascha  
Strobl. Das Konzept heißt: In 15 ein-  
fachen Schritten zur Vernichtung.  
Frau Strobl schreibt dazu: »Faschis-  
mus und all seine Vorlaufstadien funk-  
tionieren über die Verwendung einer  
gewissen Sprache. Die wichtigste  
Funktion dieser Sprache ist die  
Markierung des Feindes und daran  
anschließend die Entmenschlichung  
des Feindes.

Der Feind ist in diesem Zusammen-  
hang kein ebenbürtiges, gleichran-  
giges Gegenüber, sondern eine mar-  
ginalisierte Gruppe. Dieser werden  
schlechte Eigenschaften angedichtet,  
die einen Schaden für das große Ganze  
anrichten. Der logische Schluss daraus  
ist immer, diese Gruppe zu entrecht-  
en, diskriminieren, sanktionieren und  
in letzter Konsequenz sie aus dem  
großen Ganzen auszuschließen. Dies-  
er Ausschluss geht von Verfolgung,  
Inhaftierung über Vertreibung bis hin  
zur Vernichtung. Diese sprachliche  
Abwertungsstrategie sehen wir auch  
heute wieder in den diversen Milieus  
der extremen Rechten.«

Ich habe in letzter Zeit viel über die  
15 Schritte – Feindmarkierung, Prob-  
lemkonstruktion, Homogenisierung,  
Zuschreibungen, Opferkonstruktion,  
Intention, Neubezeichnung, Ver-  
schwörung, Marginalisierungspoten-  
zierung, Bedrohung, Scheinlösung,  
Entscheidung, autoritäre Lösungen,  
Ausstoßen und Vernichtung – sowie  
die abschließenden Worte von Frau  
Strobl nachgedacht: »Jede und jeder  
kann für sich entscheiden, in welchem  
Stadium wir gerade sind und was  
es für das nächste Stadium und die  
nächste Eskalation braucht. Es geht  
vielleicht schneller, als viele für möglich  
halten.«

Dabei fiel mir ein weiteres Zitat von  
August Bebel ein: »Nur wer die Ver-  
gangenheit kennt, kann die Gegenwart  
verstehen und die Zukunft gestalten«.  
Das Konzept von Frau Strobl, inklu-  
sive der Beschreibungen der einzelnen  
Schritte, ist unter dem folgenden Link  
abrufbar: [www.moment.at/story/15-  
einfachen-schritten-zur-vernichtung](http://www.moment.at/story/15-einfachen-schritten-zur-vernichtung)

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere  
Texte finden Sie unter [www.echte-polizisten.de](http://www.echte-polizisten.de)



# STILLER PROTEST

Die Hannoveraner Demokraten »Schneemänner mit Würde« demonstrieren eindrucksvoll für die Freilassung des Journalisten Julian Assange | Von Hendrik Sodenkamp

**DW: Könnten Sie Ihre Gruppe »Schneemänner mit Würde« einmal vorstellen.**

Kris Scheyhing: Wir sind eine Aktionsgruppe aus Hannover. Seit dem Jahr 2021 stehen wir an verschiedenen Orten in und um die niedersächsische Hauptstadt, um mit unseren Wortbotschaften bei den Passanten Aufmerksamkeit zu erregen und ihnen Denkanstöße mit auf den Weg zu geben. Wir haben uns damals 2021 in der dunkelsten Corona-2G-Zeit gefunden. Alles Menschen, die von der Ausgrenzung und Diffamierung betroffen waren und sich großteils vorher nicht kannten. Wir hatten das dringende Bedürfnis, unserer Fassungslosigkeit über das faschistische Verhalten unserer Politiker, unserer Medien, aber auch teilweise unserer Mitmenschen Ausdruck zu verleihen.

**DW: Wie kam es zu Ihren Aktionen?**

K.S.: Viele von uns haben an den Montagsspaziergängen teilgenommen. Wir wollten aber gerne noch eine Ergänzung, eine Art Gegenpol zu den sehr intensiven und lauten Demos auf die Straße bringen. Ich setzte mich mit einem befreundeten Theaterregisseur zusammen und wir überlegten uns eine Form, wie man eine stille Aktion mit einfachen Mitteln aussagekräftig hinbekommen kann. Heraus kamen die »Schneemänner mit Würde«. Inspiriert hat uns dabei das Video einer Gruppe, die mit weißen Maleranzügen und Lautsprecheransagen durch die Städte zogen. Wir wollten es dabei klar und einfach haben. Vor allem mit positiven Worten, die aber viel Interpretationsmöglichkeiten zulassen. Das einfache Stehen mit ein oder zwei unterschiedlichen Worten erschien uns perfekt und so haben wir Ende 2021 all diese wundervollen Menschen zusammengetrommelt, um unsere erste Aktion bei der 2G-Ausstellungseröffnung einer Fotogalerie durchzuführen. Wir standen damals mit unseren Anzügen und dem Schild »Würde« vor den Räumen. Die meisten Besucher der Ausstellung, brav ihre 2G Nachweise vorzeigend, ignorierten uns peinlich berührt. Es wirkte. Darauf folgten unzählige weitere Aktionen an



Die Hannoveraner Demokratin Kris Scheyhing am 7. August 2023 bei einer Montagsaktion der »Schneemänner«. Foto: privat

verschiedenen Orten in Hannover, wo wir bis heute jeden Montag stehen.

**DW: Warum liegt Ihnen die Freilassung von Julian Assange am Herzen?**

K.S.: Der Fall Assange sollte jedem Menschen, dem Menschenwürde, Meinungsfreiheit und Wahrheit auch nur ein klein wenig wichtig sind, am Herzen liegen. Da wird ein Mensch, der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt hat, in einer zwei mal drei Meter kleinen Zelle seit über vier Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis in Isolationshaft gehalten, wie ein Schwerverbrecher. Wobei sein Freiheitsentzug sogar noch viel eher begonnen hat. Wir wollen mit unseren Aktionen zum Fall Assange auch diejenigen Menschen erreichen, die noch nie von diesem gehört haben. Denn falls es zu einer Auslieferung Assanges an die USA kommen sollte, wäre dies ein Freibrief für die Mächtigen, auch hier im Westen jeden kritischen Journalisten auf diese Weise mundtot zu machen. Das dürfen wir nicht zulassen.

**DW: Ihre Mittel sind effektiv und einfach umzusetzen. Wie kann man**

**mitmachen oder, nun ja, Nachahmer werden?**

K.S.: Das Einfachste ist, einen Blick in unseren noch sehr frischen Telegram-Kanal freierschneemann zu werfen. Dort findet man Termine, Infos und auch die Kontaktmöglichkeiten zu uns. Wer mitmachen will, ist herzlich willkommen! Wenn Interessierte in anderen Städten Fragen zu unseren Aktionen haben sollten und diese gerne in ihrer Stadt aufgreifen möchten, können sie uns auch sehr gerne anschreiben. Wer nicht bei Telegram ist, kann auch eine E-Mail an freierschneemann@gmx.de schicken. Wir freuen uns, wenn unser Anliegen ins Land getragen wird.

**DW: Was ist Ihre nächste große Aktion?**

K.S.: Für den 19. August 2023 haben wir von 12 bis 13 Uhr eine Mahnwache für Julian Assange auf dem Opernplatz in Hannover angemeldet.

**DW: Frau Scheyhing, wir denken Ihnen für das Gespräch.**

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp



## DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

### WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von Big Tech unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

### WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf [demokratischerwiderstand.de/](http://demokratischerwiderstand.de/) verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



## WIDERSTANDSKÄMPFERIN ILSE ZIEGLER: ZUM ZWEITEN MAL IN DEN KNAST?

Ilse Ziegler, die vom DW in Ausgabe 138 mit dem Preis der Republik ausgezeichnet wurde, erhielt von der Staatsanwaltschaft Ingolstadt Ende Juli eine »Ladung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe«. Demnach hat sie noch bis zum 16. August Zeit, eine Geldstrafe in Höhe von 40 Tagessätzen à 30 Euro (insgesamt 1.200 Euro zuzüglich 89,50 Euro Verfahrenskosten) zu zahlen, anderenfalls droht ihr ein erneuter Aufenthalt im Gefängnis - für 40 Tage. Zu der Geldstrafe wurde Ziegler im Mai verdonnert, weil sie einen Gerichtsvollzieher, der bei ihr vor der Tür stand, gefilmt hatte. Dieser wollte bei ihr ein Bußgeld eintreiben für einen Maskenverstoß im August 2020, obwohl die 53-Jährige aufgrund einer Erkrankung keine Maske tragen konnte (DW berichtete). Die Ingolstädterin weigerte sich beharrlich, diese Strafe, die mit Mahngebühren letztlich auf rund 300 Euro angewachsen war, zu zahlen, landete deshalb im November 2022 bereits erstmals für 20 Tage in der JVA München. Inzwischen, davon geht Ziegler aus, sei diese Sache verjährt und damit vom Tisch.

Dennoch könnte ihr nun ein zweiter Gang ins Gefängnis bevorstehen. Im Schreiben der Staatsanwaltschaft heißt es: »Die Ersatzfreiheitsstrafe kann gegebenenfalls durch gemeinnützige Arbeit abgewendet werden.« Schon vor Ablauf der Frist steht Zieglers Entscheidung fest: »Dieser korrupte Staat bekommt keinen Cent von mir. Und Sozialstunden werde ich auch nicht leisten. Dann verursache ich doch lieber wieder Kosten«, erklärt die Freiheitsaktivistin gegenüber dem DW lachend in allerbesten Laune.

Am 31. Juli beantragte sie Akteneinsicht. Auf einen Rechtsbeistand verzichtet sie bewusst: »Der verursacht nur Kosten, dann könnte ich auch gleich die Strafe zahlen.« Trotz der ablaufenden Frist rechnet Ziegler nicht mit einer Verhaftung vor November, denn 2022 hatte man ihr kurioserweise auch eine Frist bis zum 16. August gesetzt, festgenommen wurde sie jedoch erst rund drei Monate später. Wie auch immer es kommt: Die Tankstellen-Kassiererin nimmt's mit Humor (siehe Foto), würde sich über einen zweiten Knast-Aufenthalt sogar freuen, schließlich fühlte sie sich bei ihrer Premiere »wie in einem Fünf-Sterne-Hotel«. Es gab »leckeres Essen - auf Wunsch auch immer einen Nachschlag.« Auch die Gespräche mit ihren Mitinsassen, unter anderen Drogenschmuggler und Steuersünder, sowie der Zusammenhalt untereinander waren eine »tolle Erfahrung« für sie, die sie nun möglicherweise nochmals auffrischen wird. Der DW wird weiter berichten. (kmü)



## BESTANDS- AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Diesmal: Ein Ausschnitt aus der ersten DW-Akademie am Abend des 5. August 2023 in Berlin.

- Mit Jimmy Gerum: Leuchtturm ARD
- Hendrik Sodenkamp: Wochenzeitung Demokratischer Widerstand
- Anselm Lenz: NichtOhneUns.de
- Kayvan Soufi-Siavash (K.S.S.): Artikel 5 Grundgesetz
- Oliver Stone: Der Filmemacher im Format



Kayvan Soufi-Siavash am 5. August 2023 bei der ersten DW-Akademie-Runde. Foto: Georgi Belickin

K.S.S. (freier Vortrag): Zu Artikel 5 des Grundgesetzes! Da steht drin, dass jeder Mensch, zumindest in Deutschland, das Recht hat, seine Meinung frei und unzensuriert zu äußern. Dieses Gesetz wird beschnitten. Ich möchte Ihnen nur einen Fall nennen, nämlich Apolut.net, jene Presseplattform, die ich selbst mitgegründet habe, die ich technisch begleite und berate, aber in der ich nicht selbst publiziere, um dem Vorwurf entgegenzuwirken, »ja, der benutzt ja das Portal, um nur seine einzelne persönliche Meinung zu machen!« Das überlassen wir Bertelsmann, wir machen das nicht.

Wir haben Post bekommen, und zwar von der MABB, der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Jedes Bundesland hat da so seine Anstalt. Und die sind also dafür zuständig – oder haben sich selber für zuständig erklärt –, mit neuen Mediengesetzen zu kontrollieren, ob neue Medien sich an die »journalistischen Leitplanken« halten. Das Wort »journalistische Leitplanken« habe ich schonmal gehört, das war damals beim RBB, weil ich Fragen gestellt habe.

Nach Nordstream darf man nicht nach Nordstream fragen, nach dem Elften September durfte man nicht nach dem Elften September fragen. Es sei denn, man sagt, der Elfte September ist der Geburtstag von Herrn Lindbauer [?], dazu darf man dann recherchieren. Aber wenn man Fragen nach WTC7 stellt, ist das schon verdächtig.

Das ist also der Zustand des Journalismus. Das betrifft auch den Ausnahmejournalisten Seymour Hersh, der auf Substack veröffentlicht und nun auch angeblich ein »Verschwörungstheoretiker« ist. Wenn man mit dem in einer Reihe als Verschwörungstheoretiker genannt wird, kann man sich selbst auf die Schulter klopfen, dann hat man es geschafft.

Mehr zur DW-Akademie auf Seite 13. Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub.

# Widerstandskämpferin mit Erfolgsgarantie

Nicole Breloer setzte sich schon vor Corona gegen politischen Irrsinn zur Wehr  
INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Frau Breloer, stellen Sie sich bitte einmal kurz vor!

Nicole Breloer: Ich bin 54 und seit 23 Jahren als Tierpsychologin tätig. Ich habe in Willich im Kreis Viersen am Niederrhein eine Hundeschule und Hundepension, also eine Begegnungsstätte für Mensch und Tier, mit 20 Mitarbeitern.

DW: Wenn man Sie googelt, stößt man auf Zeitungsartikel über Sie und stellt fest, dass Sie schon weit vor Corona Demos organisiert haben. Worum ging es da?

N.B.: Als ich 2003 mit meinem Betrieb von Mönchengladbach nach Willich zog, machten im Vorfeld Bauern und Jäger mobil, weil sie die Ansiedlung der Hundeschule verhindern wollten. Ich organisierte eine Demo vor dem Planungsausschuss. Mit Erfolg. 2012 wurde eine Zufahrt zu meiner Hundepension nicht genehmigt, weshalb meinem Betrieb das Aus drohte. Ich mobilisierte erneut Kunden und Hundehalter – wieder mit Erfolg. Und im Frühjahr 2021 demonstrierte ich gemeinsam mit Berufskollegen vor der Landesregierung in Düsseldorf und auch hier vor Ort in Willich gegen das irrsinnige coronabedingte Berufsverbot für Hundetrainer. Wir durften in NRW mehrere Monate nicht einmal unter freiem Himmel arbeiten.

DW: Hat es was gebracht?

N.B.: Ja, ich vermute es. Über die Demo in Düsseldorf berichteten diverse Medien, so auch die Fernsehsendung »Tiere suchen ein Zuhause«. Kurze Zeit später durften wir wieder arbeiten. Möglicherweise haben wir einen Teil dazu beigetragen.

DW: Auch bei den Corona-Demos waren Sie von Anfang an dabei. Ebenfalls mit Erfolg: Diese verhinderten eine allgemeine Impfpflicht. Und Sie waren 2020 die Initiatorin der Montagsspaziergänge in Willich.

N.B.: Stimmt! Bis Ende 2022 war ich mit



Hundetrainerin und Freiheitsaktivistin Nicole Breloer mit ihren vier Elos namens Soleil, Sijarna, Cielo und Tsuki. Foto: privat

unseren vier Hunden fast immer mit dabei. Wegen der nicht angemeldeten Spaziergänge wurde ich als vermeintliche Versammlungsleiterin angezeigt, der Staatsschutz ermittelte gegen mich. Die Anzeige wurde später mangels Beweise zurückgezogen. Derzeit bin ich nicht auf der Straße, gönne mir eine Pause. Die vergangenen drei Jahre waren sehr kräftezehrend. In meinem Betrieb wurde ich mehrfach von Polizei und Ordnungsamt besucht. Als es in meiner Familie einen Trauerfall gab, rutschte ich in einen Burn-out ab. Seit zwei Monaten befinde ich mich zum Glück wieder auf dem Wege der Besserung.

DW: Sie sind auf vielfältige Art und Weise im Widerstand aktiv, veranstalten etwa das RheinCandleLight. Worum geht es dabei?

N.B.: Das RheinCandleLight habe ich 2020 ins Leben gerufen. Es ist der energetische Teil des Widerstands. Ich beschäftige mich schon länger mit dem Thema Meditation. Auf die Straße zu gehen und eine Demo zu machen, ist gut und richtig. Mir fehlte aber der Ausgleich. Letztlich brachte mich Michael Ballweg mit seiner Herzensminute für Freiheit und Frieden bei den großen Berlin-Demos auf die Idee. Alle schickten positive Energie aus ihren Herzen. Dieser Moment

war wirklich fühlbar. So kam ich auf die Idee etwas Vergleichbares zu machen.

DW: Das RheinCandleLight?

N.B.: Richtig. Dabei stellen tausende Menschen von der Schweiz über Deutschland bis in die Niederlande am Rhein entlang an einem festen Termin für eine halbe Stunde Kerzen auf, verbinden ihre Herzen miteinander und senden positive Energie in die Welt. Je mehr mitmachen, desto größer ist der Effekt.

Das nächste Event steigt kurz vor Weihnachten. Mehr Infos gibt es in meinem RheinCandleLight-Telegramkanal.

DW: An welcher Stelle stehen wir derzeit mit dem Widerstand und mit welchen Gefühlen blicken Sie in die Zukunft?

N.B.: Vom Grundsatz her ist das System, in dem wir leben, nicht verkehrt, aber mit Parteien und Industrie-Lobbyisten ist es korrupt. Das kann nicht funktionieren. Wir benötigen mehr direkte Demokratie. Ich glaube, derzeit ist es wichtig, sich weiter miteinander zu vernetzen, Parallelwelten zu schaffen, sich gegenseitig zu unterstützen, zum Beispiel in Form von Tauschgeschäften. Viele Menschen im Widerstand sind müde geworden oder wie ich zuletzt gar angeschlagen. Und einige denken sich, solange sie noch genügend auf dem Teller haben und die Heizung läuft, sei alles nicht so schlimm. Aber ich bin mir sicher: Wir alle werden zu gegebener Zeit wieder gemeinsam auf die Straße gehen. Bis dahin sollte man auf sich achtgeben und versuchen, das Positive in diesen schwierigen Zeiten zu sehen, etwa den Austausch und das gesellige Beisammensein mit Gleichdenkenden.

DW: Frau Breloer, vielen Dank für das Gespräch.

## Briefe an die Redaktion

BEIM THEMA  
BLEIBEN

Seit März 2021 bin ich Teil unserer besonderen Protest-Bewegung. Als schwuler Mann schien es mir anfangs besonders heikel, mich mit Demonstranten zu verbünden, die in der Presse als rechts oder sogar rechtsradikal dargestellt wurden. Glücklicherweise haben sich diese Bedenken schnell in Luft aufgelöst und ich merkte nach kurzer Zeit, dass meine sexuelle Orientierung, genauso wie Herkunft, Religion, Alter, Sprache oder andere äußerliche Eigenheiten im Rahmen der Demonstrationen überhaupt keine Rolle spielten, so wie es ja auch sein sollte.

Unsere Bewegung ist stark, kann aber trotzdem jede Hilfe und Verstärkung gebrauchen. Immer mehr Menschen sehen alternative Nachrichtenkanäle, weil sie das Vertrauen in Tagesschau und Heute-Journal verloren haben. Trotzdem sehe ich auch, dass unsere

Demonstrationszüge lange nicht mehr die vielen tausend Teilnehmer haben, die noch vor einem Jahr gegen die Impfpflicht auf die Straße gegangen sind.

Vergesst nicht, dass Schwule und Lesben, die immerhin 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen, viel Erfahrung darin haben, gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligung zu kämpfen. Auch sie haben keine Lust, zum Kauf von Autos und Heizungen gezwungen zu werden, die unnötig teuer sind, weil sie mit Strom funktionieren, der nicht mehr in Deutschland hergestellt wird. Wir brauchen keine künstlichen Feindbilder und haben es nicht nötig, auf Minderheiten herum zu hacken, deren Ziele und Wünsche mit unseren Problemen im Grunde gar nichts zu tun haben. Wenn unsere Widerstandsbewegung geschlossen gegen die Regierung demonstriert, kommen wir alle schneller ans Ziel, als wenn wir uns durch Gender-Diskussionen von den wirklich bedrohlichen Themen

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.  
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ablenken und spalten lassen.

Der Regenbogen ist nicht der Feind, der unsere Wirtschaft versauert, Pandemieverträge mit der WHO abschließt, Krieg in der Nachbarschaft finanziell unterstützt und teure Heizungen, Autos und Windräder als umweltfreundlich bezeichnet.  
– Thomas T.

## AUF DEM SCHIRM

✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

📌 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

📷 instagram.com/demokratischerwiderstand

📘 facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

📺 youtube.com: Demokratischer Widerstand



# Wer soll die Miete noch bezahlen?

Die Teuerung des Lebens grassiert. Wem gehört die Stadt? Und wem gehört das Land? | Zwei SCHLAGLICHTER von Anselm Lenz

**N**un inflationieren die BRD-Massenvermieter neben den Energie- und Lebensmittelpreisen auch noch die Preise für Wohnungen. Das kann bald wirklich niemand mehr zahlen.

»Gegenüber 2018 haben sich (laut der Studie des US-Immobilienfachmanns JLL, red.) die Mieten in Berlin um 50 Prozent erhöht, in Leipzig um 29 Prozent, Köln 28 Prozent, Hamburg um 21 Prozent, Düsseldorf 17 Prozent, München 16 Prozent, Frankfurt 11 Prozent und in Stuttgart um 7 Prozent. Im gleichen Zeitraum, vom ersten Quartal 2018 bis zum ersten Quartal 2023 hat sich das nominale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 21,7 Prozent erhöht, die Nominallöhne sind um 14 Prozent gestiegen, die Reallöhne um 4,8 Prozent gesunken. Für die meisten Bundesbürger in den Metropolregionen ist Mietwohnen in den letzten fünf Jahren also deutlich teurer geworden.«

Das führt der international renommierte Volkswirtschaftler Christian Kreiß in seinem aktuellen Artikel auf dem unabhängigen Presseportal Apolut.net vom 29. Juli 2023 aus. Die Daten bedeuten, das für jene, für die bereits die Inflation des Brotpreises und anderer Grundnahrungsmittel teils um bis zu 40 Prozent sowie die zwischenzeitlich enorme Verteuerung von Heizkosten und Strom (DW berichtet wöchentlich) zu Problemen führten, nun vor die »Wahl« gestellt sein könnten, ob sie die Miete überhaupt noch überweisen können? Sofern sie denn noch einkaufen müssen. Aus den genannten Metropolen ist bekannt, dass viele Mieter teils bis zu 40 Prozent ihres Monatseinkommens für die Miete aufwenden. Ein absurd hoher Anteil für das »Wohnrecht« in Gebäuden, die vorlanger Zeit gebaut und deren Kosten längst abbezahlt wurden. Der Anteil der Wohnkosten am Monatslöhne bedeutete bereits, fast bis zur Monatsmitte für die Grundrente der Eigentümer »anschaffen« zu gehen – und dies meist in sogenannten »Bullshit-Jobs« (vgl. David Graeber). Ein bereits schon lange nicht mehr vermittelbarer Skandal.

## BULLSHIT-JOBS UND MIETWUCHER

Diese über mindestens zwei Generationen immer weiter aufgestaute Schieflage kulminiert nun. Der Hochschullehrer Kreiß kommt zu einer relevanten Analyse am Beispiel eines der umstrittensten Wohnungsspekulanten in der BRD: »Vonovia ist das größte deutsche Immobilienunternehmen, das Wohnungen vermietet. Es bewirtschaftet derzeit mit knapp 16.000 Beschäftigten 488.000 Wohnungen in Deutschland. Die durchschnittliche Monatsmiete lag 2022 bei 7,49 Euro pro Quadratmeter, das waren 3,3 Prozent mehr als 2021. Die Umsatzerlöse aus Vermietung beliefen sich 2020 auf 3,07 Milliarden Euro, 2021 auf 3,465 Milliarden Euro, 2022 waren es 4,725 Milliarden. Die Mieteinnahmen stellen den Großteil der liquiditätswirksamen regulären Konzerneinnahmen dar. Letztlich kommt langfristig betrachtet der größte Teil aller liquiditätswirksamen Umsätze und Gewinne von Vonovia aus Mietzahlungen.«

Für das Jahr 2020 wurden 954 Millionen Euro Dividende ausgeschüttet, für das Jahr 2021 1,289 Millionen und für 2022 676 Millionen Euro. Setzt man die Dividendenauszahlungen



Der ökonomische Druck treibt die Menschen in die Verzweiflung. Plakat von einer frühen Demonstration der Demokratiebewegung.  
Foto: Sophia-Maria Antonulas/DW. Fotos: Sophia-Maria Antonulas

ins Verhältnis zu den Mieteinnahmen, so stellt sich heraus, dass sie 2020 31 Prozent der Mieteinnahmen betrug, 2021 37,2 Prozent und 2022 14,3 Prozent. 2020 wurden also 31 Prozent der Mieteinnahmen an die Aktionäre ausgeschüttet, 2021 37,2 Prozent und 2022 14,3 Prozent. Die zum großen Teil internationalen Aktionäre wissen im Normalfall nicht, wo die Wohnungen sind, aus denen sie die Dividende beziehen«, stellt der Professor fest.

»Angenommen, Vonovia wäre nicht eine börsennotierte Aktiengesellschaft, sondern eine Wohnungsgenossenschaft ohne Gewinnerzielungsabsicht und ohne Dividenden auszuzahlen, so hätten die Mieten der Vonovia-Miethaushalte 2020 um 31 Prozent niedriger sein können, 2021 hätten die Mieten um 37 Prozent und 2022 um 13 Prozent niedriger sein können.«

Und dann folgert Kreiß, was Mieter leider allzu selten tun, die oft nichtmal in der Lage sind, sich bei möglicherweise kriminellen Mieterhöhungen hausweise zu verabreden, um die Mieten und Energiekosten durch öffentliche Aushänge oder Rundbriefe per Einwurf bei den Nachbarn kundzutun. Kreiß stellt konkret und am Beispiel fest, was Kritiker des extraktiven Kapitalismus (vgl. Prof. Saska Sassen) nur allgemein anmerken: »Über die drei betrachteten Jahre hin hätten also die Mieten bei Wegfall der Dividendenauszahlungen im Durchschnitt um mehr als ein Viertel (27,5 Prozent) gesenkt werden können. Die Mieten hätten bei 5,44 Euro pro Quadratmeter liegen können statt bei 7,50 Euro. Anders ausgedrückt: Die Mieter leiteten im Durchschnitt dieser drei Jahre mehr als ein Viertel (27,5 Prozent) ihrer Mietzahlungen direkt an die Aktionäre weiter, die dafür nicht arbeiten müssen, die auch nicht wissen, wo die Wohnungen genau sind und auch nicht wissen, wer darin wohnt, weil Dividendenzahlungen automatisch leistungs- und wissenslos überwiesen werden. Die Mieter zahlten also beispielsweise statt einer Monatsmiete von 650 Euro 900 Euro« – damit die Aktionäre ihre Grundrente leistungslos überwiesen bekommen, und dies auch ohne mit den Gewinnen zeitnah neue Wohnhäuser oder neue Betriebe an Ort und Stelle zu schaffen (denn dann gäbe es ja die Verarmungseffekte in dieser Drastik nicht). Die Instandhaltung der Häuser erfolgt mit dem Geld der Mieter, die damit den Hausmeisterstab plus Versicherung auch eins zu eins selber übernehmen könnten.

Kreiß stellt klar: »Dies sind alles Zahlen ohne Berücksichtigung von Steuern. Berücksichtigt man einen Gewinnsteuersatz von 30 Prozent, heißt das, dass von den Mietern noch deutlich

mehr Miete bezahlt werden muss, um die Dividende zu ermöglichen: Um einen Euro Dividende nach Steuern zu ermöglichen, müssen 1,4 Euro Gewinn vor Steuern erzielt werden. Das bedeutet, dass die Mieter in Wirklichkeit einen noch deutlich höheren Aufschlag für die Ermöglichung der Dividenden an die Großaktionäre bezahlen mussten. Wenn die Wohnungen von Vonovia in der Hand einer Genossenschaft ohne Gewinnerzielungsabsicht wären, könnten demnach die Mieten sofort um etwa 40 Prozent gesenkt werden. – Kurz: Die Mieter zahlen einen erheblichen Aufschlag, nur um die Dividenden zu ermöglichen. Statt einer Monatsmiete von 900 Euro wären vermutlich deutlich unter 600 Euro Miete möglich, wenn man den Transfer von den Mietern zu den Aktionären beenden würde.«

## WEM GEHÖRT DER BODEN?

Die treffende Analyse ist aus Sicht des Autors erfreulich: Ein hoch anerkannter Wirtschaftspraxisprofessor greift in Gedankenführung und Wortwahl auf die eigenen Arbeiten zurück, um einen Gegenstand der Betrachtung in einem journalistischen Text einem breiten Publikum begreifbar zu machen. Die

Arbeiten meiner Autorengruppe Haus Bartleby (2014 bis 2019) sind jedenfalls sehr einflussreich geworden, waren eine gute Vorbereitung auf die »kommende Corona-Lüge«, also auf den »Präemptivkrieg« der Herrschaftscliquen gegen uns alle, den ich indes nicht so – und vor allem in dieser drastischen, bestialischen, massenmörderischen Form – antizipiert hatte.

## JURISTENSCHWEMME UND »DEUTSCHE WOHNEN«

Blickwechsel: Im Bundesland Berlin ignorierte der vergangene »rot-rot-grüne« Berliner Senat durch Weisung der Kapitalsammelstellen den Volksentscheid zur Enteignung von ausplündernden Wohnungsspekulanten wie »Deutsche Wohnen« und Vonovia – und wurde abgelöst, ohne auch nur irgendeine in ihn gesetzte Hoffnung zu erfüllen. Müssen wir uns davon verabschieden, dass die »Anwaltschaft« politischer Farben – die Juristenschwemme trachtet auch danach, sich in der neuen Friedens- und Demokratiebewegung breit zumachen, etwa in Form des käuflichen Lügners und Denunzianten Markus »Maggus« Haintz – überhaupt noch irgendetwas aussagt und selber konkret tätig werden?

Professor Christian Kreiß legt die Vergenossenschaftung großer Wohnanlagen, eine Bodenreform (!) – wem gehört das Land? – und ein keynesianisches Steuersystem nahe. Sozialdemokraten, Linke und Grüne von der Basis müssten dem Volkswirtschaftler zjubeln, der privat auch Christ und Anthroposoph ist. Das werden auch viele tun, wie ich in den Jahren der Autorengruppe Haus Bartleby erfuhr (die ich aus diesem Grund hier anbringe, nicht um um die Originalität der Benennung offensichtlicher Missstände mit einem fachbezogen überlegenen Akademiker zu rangeln, im Gegenteil). Allein die Parteiapparate und -führungsfiguren sind systematisch unter der Fuchtel anderer Kräfte. Wie lange noch?



Christian Kreiß publizierte zuletzt auch zum Themenkreis Drittmittelzwang an unseren Universitäten sowie zu konzentrierten Einflussnahmen auf lehrende Akademiker: Sein Werk »Gekaufte Wissenschaft – wie uns manipulierte Hochschulforschung schadet und was wir dagegen tun können« erschien im Verlag Tredition, Hamburg 2020.  
Foto: Barbara/CC BY-SA 4.0



Tucker Carlson  
@TuckerCarlson

Jeff Bezos is the richest man in the world. Many of his employees are so poor, you're paying their welfare benefits. And he's not the only tech billionaire offloading his payroll costs onto taxpayers. This is an indefensible scam. Why is only Bernie talking about it?

Der Journalist Tucker Carlson soll in den USA seit Jahren zum problembehafteten »Trumpisten« gemacht werden. Dabei gehen vor allem selbsternannte »Linke« der gemachten Konzernagenda auf dem Leim, es handele sich um Leute, die jedwedes soziale Gewissen ablehnten und daher per se nun »Staatsfeinde« seien. In dieser Kurznachricht legt Carlson dar: »Jeff Bezos (Amazon-Konzern) ist der reichste Mann der Welt. Aber viele seiner Angestellten sind so arm, dass Sie denen Zuschüsse des Wohlfahrtsstaats zahlen müssen. Und Bezos ist nicht der einzige Tech-Milliardär, der die Kosten seiner Gehaltsliste auf die Steuerzahler abwälzt. Das ist ein unverzeihlicher Betrug! Warum redet nur (der bekannte US-Sozialist) Bernie Sanders darüber?





WIR SIND DIE 99 PROZENT!  
**MOTOR MITTELSTAND**  
KOLUMNE von Wolfgang Greulich

## GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH

Unsere Wirtschaft sorgt sich immer mehr um die so dramatisch stärker werdende AfD. Das ist auch kein Wunder, also die Stimmungsmache, heizen doch fast alle Vertreter der mittelständischen Wirtschaftsverbände diese Diskussion zusammen mit den allseits geliebten Medien in einem nie dagewesenen Maße an.

Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Wirtschaftsverbands *Die Familienunternehmer*, sprach im *Handelsblatt* laut und deutlich von der Gefährlichkeit der AfD für unsere Unternehmer. Und sie ergänzte, die Unternehmen bräuchten die EU ebenso wie Rechtssicherheit und natürlich, logo, die Einwanderung von Fachkräften. Gefehlt hat nur, wie klimafeindlich doch die deutsche Industrie zugange ist. Und sie ist zugange, viele auf dem Weg in andere Länder, auf zu anderen Bedingungen. Die Gedanken sind legitim, in der Gestaltung frei und offen, ist unsere Politik doch aus Sicht des deutschen Mittelstandes zu rein nichts in der Lage, was das Wort Zukunft verdient hätte. Die Reaktionen auf Frau Ostermanns Gastkommentar im *Handelsblatt* waren zum Teil sehr heftig, jedoch kaum zustimmend, wurde doch wieder einmal wie so oft in den letzten Jahren laut und deutlich die so scheinbar vehement zu verteidigende deutsche Demokratie zu Grabe getragen. Den Gründervätern (ohne Gendersprache an dieser Stelle) unseres Grundgesetzes würde, man verzeihe die Wortwahl, das große Kotzen kommen. Selten wurde deutlicher, wie sehr sich Geschichte doch immer wieder wiederholt. Sie schauen zu, die 99 Prozent – immer wieder, auch diesmal. Hauptsache Fußball, Hauptsache Bier. Brot und Spiele eben. Die meisten schauen im Kino lieber Barbie als Oppenheimer.

Ja, wir produzieren klimaneutral, wir fahren klimaneutral, wir fliegen klimaneutral. Anstatt sich am Himmel mal die wirklich demokratiefeindlichen *Chemtrails* anzuschauen, wird nachgeplappert, was für die jeweils aktuell angesagte Krise gefordert wird. Von Ölkrise 1975 über alle anderen zyklisch ausgerufenen Krisen hinweg bis heute zu Corona, Ukraine, Klima und Co. Bei Corona tragen sie Masken, beim Thema Ukraine zieren blau-gelbe Fahnen ihre Webseiten, beim Thema Gender wedeln sie mit bunten Flaggen und in Sachen Klima trinken sie anbefohlen mehr Wasser und stellen sich in den Fußgängerzonen unter die kühlenden Nebelsprüher. Ist dies Wirtschaft »made in Germany«? Nein, das nennt man blinden Gehorsam mit einer Tendenz zur lächerlichen Peinlichkeit. Sie können mehr, die 99 Prozent, und die Zeit wird es zeigen und zwar ihnen, die sie alles im Kopf haben, nur nicht das eigene Volk.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Demokratin am 5. August 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW.

## ENDE DER US-DOMINANZ?

Ein fataler Irrtum, meint der Finanzexperte Ernst Wolff

**I**n den *Mainstream*-Medien wie auch in einigen alternativen Medien wird immer häufiger das Ende des US-Dollars und das damit einhergehende Ende der Welt-herrschaft der USA beschworen. Oft wird die Vorhersage durch einen Hinweis auf den Aufstieg des chinesischen Yuan oder die Erwartung einer von den BRICS-Staaten herausgegebenen Gemeinschaftswährung ergänzt. Mit der Wirklichkeit hat diese Sicht der Dinge wenig zu tun.

Diese Sicht der Dinge geht nämlich davon aus, dass die häufig selbstzerstörerische Politik der amerikanischen Führung und die immer offensichtlichere Inkompetenz des Personals im Weißen Haus, angeführt von einem an zunehmender Orientierungslosigkeit leidenden Präsidenten, Indikatoren für den Zerfall des US-Imperiums sind.

Das aber ist nicht der Fall. Beide Entwicklungen zeigen nur, dass der vermeintlich mächtigste Mann der Welt und sein Stab nichts anderes als Werkzeuge einer viel stärkeren Macht im Hintergrund sind, deren Interessen sie ohne Wenn und Aber zu vertreten haben.

### WAHRE MACHT HÄLT SICH ZURÜCK

Bei dieser stärkeren Macht handelt es sich um den digital-finanziellen Komplex aus den größten Vermögensverwaltern der Wall Street und den IT-Giganten des Silicon Valley. Sie haben vor etwa drei Jahrzehnten die Nachfolge des militärisch-industriellen Komplexes angetreten und sind mittlerweile zum mächtigsten Kartell aufgestiegen, das die Welt je gesehen hat. Dieses Kartell und nicht das Weiße Haus entscheidet, in welche Richtung sich die Politik zu bewegen und welche Maßnahmen sie anzuordnen hat – und zwar weltweit.

Bei seinem Aufstieg ist es dem digital-finanziellen Komplex gelungen, sich die wichtigsten internationalen Organisationen zu unterwerfen oder zu Instrumenten seiner Herrschaft zu machen. Dazu zählen die Vereinten Nationen, der Internationale Währungsfonds IWF, die Weltbank, die Weltgesundheitsorganisation WHO und die großen Zentralbanken einschließlich ihrer internationalen Dachorganisation, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ, sowie Stiftungen wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und das Weltwirtschaftsforum (WEF).

All diese Organisationen arbeiten zurzeit unter Hochdruck an dem für den digital-finanziellen Komplex wichtigsten Projekt: der Einführung eines neuen Geldsystems

auf der Grundlage digitaler Zentralbankwährungen, englisch: Central Bank Digital Currencies oder kurz CBDCs. Deren Entwicklung schreitet mit Riesenschritten voran. 130 Länder bereiten sich aktuell in verschiedenen Stadien auf ihre Einführung vor – ohne dass eine einzige Regierung ihre Bürger darüber informieren würde.

Das hat seinen Grund: Das neue Geld bedeutet nämlich nichts anderes als die Errichtung eines digitalen Faschismus, in dem die Bevölkerung zu 100 Prozent der Allianz aus IT-Konzernen, Vermögensverwaltern und den von ihnen beherrschten Zentralbanken unterworfen ist.

Da eine solche Zwangsherrschaft von den meisten Bürgern nicht freiwillig akzeptiert würde, greifen die dafür Verantwortlichen zu einem altbewährten Mittel: Sie verheimlichen ihre wahren Absichten und lenken die Betroffenen von ihren Plänen ab – zum Beispiel durch die gezielte Förderung von Fehlinformationen.

### GEZIELTE DESINFORMATIONSKAMPAGNE

Genau darum geht es, wenn die *Mainstream*-Medien den Menschen einreden, der Dollar und das US-Imperium seien am Ende und wir stünden vor einem Übergang in eine multipolare Welt, in der die bisherigen *Underdogs* mit einer neuen Währung für mehr Gerechtigkeit und ein besseres Miteinander sorgen könnten.

Tatsache ist dagegen, dass die Zerstörung des Dollars vorsätzlich erfolgt, weil der digital-finanzielle Komplex die Endphase des bisherigen Geldsystems zu seiner kontrollierten Zerstörung nutzt und gleichzeitig im Hintergrund ein neues, wesentlich effizienteres Zwangsgeldsystem vorbereitet, das die Freiheit der Menschen in nie gekannter Weise einschränken wird.

Wer sich also heute die Hände reibt, weil er glaubt, dass die Herrschaft des Dollars einem von den BRICS-Staaten kontrollierten Geldsystem weichen und die Welt zu einem besseren und gerechteren Ort machen könnte, den wird die Wirklichkeit schon bald aus seinen Träumen reißen.



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022)

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Nachrichten- und Debattenportal *apolut.net*. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.

## MELDUNG

TOP-MANAGER REITZLE: DEUTSCHLAND  
BEFINDET SICH IM NIEDERGANG

Berlin/DW. Wolfgang Reitzle, langjähriger BMW- und Linde-Chef, rechnet in einem Gastkommentar in der *Welt* mit der Merkel-Ära und Wirtschaftsminister Robert Habeck ab. »16 Jahre Kanzlerschaft waren selbst für ein so starkes Land wie Deutschland zu viel«, schrieb Reitzle. Unter ihr habe es nicht eine einzige Strukturreform gegeben, »die das Land leistungsfähiger gemacht hätte. Wohl aber wirken zwei fundamentale Entscheidungen dauerhaft nach: die Energiewende und die Öffnung der Grenzen für unkontrollierte Migration«, so Reitzle, der Habecks Energiepolitik als »Irrsinn« bezeichnet. Deutschland befinde sich im Niedergang, habe »seit fast 20 Jahren viel zu wenig in die Zukunft des Landes investiert«. Den Zustand der Infrastruktur nennt er eine »Schande«. Während viele Wirtschaftsleute immer noch schweigen oder sich gar opportunistisch dem grünen Zeitgeist angedient haben, äußerte Reitzle in der Vergangenheit bereits mehrfach Kritik, unter anderem auch an dem von der EU beschlossenen Verbrenner-Verbot. (kmü)

### GELBWESTEN?

Berlin/DW. Die Bundesregierung erhöht in der Kostenexplosion die Benzin- und Gaspreise noch weiter mit Das verkündete sie laut *Handelsblatt* am Mittwoch, den 9. August 2023. Demnach wird die sogenannte CO<sub>2</sub>-Bepreisung erhöht. Benzin und Diesel sollen dadurch an den Tankstellen um weitere 4 Cent pro Liter teurer werden. Auch Gas- und Ölheizungen sollen durch die höheren Steuern weitere »Negativanreize« erhalten. Die Preiserhöhung wird laut Regierung eingeführt, um »die Klimaziele zu erreichen«. »Wir schaffen Grundlagen, damit aus Dekarbonisierung und Digitalisierung Zukunftschancen erwachsen«, meint Finanzminister Christian Lindner (FDP) sagen zu müssen. Die höheren Steuereinnahmen sollen genutzt werden, um das Bahnnetz auszubauen und um die Ukraine mit mehr Waffen beliefern zu können. (hes)

### FINANZKRISE GEHT WETER

New York/DW. Nachdem die USA in ihrer Kreditwürdigkeit von der Ratingagentur Fitch von AAA auf AA+ herabgestuft wurde, werden nun auch zehn US-Banken als Wackelkandidaten bewertet. Das gab die Ratingagentur Moody's Investors Service am 8. August 2023 bekannt. Der Grund ist die bröckelnde Situation des US-Finanzmarktes. Bei den Banken handelt es sich um sogenannte »kleinere« Institute. Der Finanzexperte sehen in dem Vorgehen einen weiteren Schritt in der Konzentrierung von Finanzmacht auf wenige Akteure. In diesem Jahr war es bereits zu einem Bankenbeben in den USA und dann der Schweiz gekommen, der mit dem Aufkauf von kleineren durch größere Banken einhergegangen war. Die Rating-Agenturen gelten in der Fachwelt als politische Akteure im Gewand der Wissenschaft. (hes)



# UMSTURZ IN NIGER BESCHLEUNIGT MACHTVERLUST DES WESTENS IN AFRIKA

Russland und China beweisen ihre Stärke

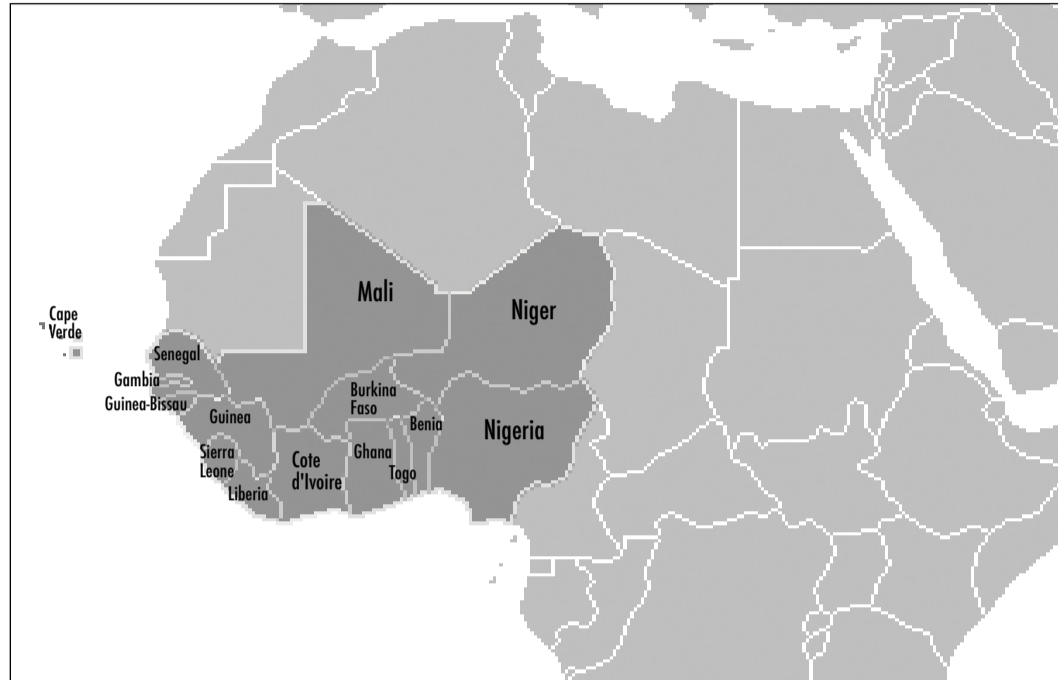
Von Felix Feistel

**N**ach dem Putsch in Niger verschärft sich die Situation zusehends. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS besteht, ebenso wie die EU und die USA, darauf, dass der kürzlich abgesetzte Präsident Mohamed Bazoum wieder eingesetzt wird. ECOWAS droht sogar mit einer militärischen Intervention im Niger.

ECOWAS ist eine Wirtschaftsunion, die viele Parallelen zur EU aufweist und sich hauptsächlich auf ehemalige französische Kolonien erstreckt. Niger ist Teil dieser Gemeinschaft, die dem Land auf einem Notfallgipfel am 30. Juli eine militärische »Lösung« als letztmögliche Option angedroht hat. Zudem wurde erklärt, dass »Bazoum der rechtmäßige und gewählte Präsident von Niger und das Staatsoberhaupt bleibt«. Ein von der ECOWAS gestelltes Ultimatum, Bazoum wieder einzusetzen, ließ die Militärregierung am Sonntag verstreichen. Stattdessen verbat sie französische Medien und stellte Frankreich ein Ultimatum, die in dem Land stationierten Soldaten binnen 30 Tagen abziehen. Frankreich jedoch weigert sich, dies zu tun und erklärt, dass es fest an der Seite Bazoums stehe. Als Reaktion auf den Putsch wurden französische sowie Hilfgelder der EU und der Weltbank ausgesetzt. Nigeria stellte seine Energielieferungen an das Land ein, was zu *Blackouts* in mehreren Regionen führte. Die ECOWAS trafen sich am Donnerstag in Abuja, Nigeria, um weitere Schritte für eine nicht-militärische Lösung des Konfliktes zu besprechen. Außerdem wurde das Ultimatum verlängert.

Burkina Faso, Mali und Guinea, ebenfalls Mitglieder von ECOWAS, haben sich auf die Seite Nigers geschlagen und erklärten sich bereit, dem Land im Falle eines Krieges zur Seite zu stehen. In allen drei Ländern gab es im Laufe der vergangenen Jahre ebenfalls Umstürze und Militärputsche. So gelangte im vergangenen Jahr in Burkina Faso das Militär an die Macht, indem es den ebenfalls nach einem Putsch an die Macht gekommenen Staatschef Paul-Henri Sandaogo Damiba abgesetzt hatte. Dabei gab es jedoch breite Unterstützung innerhalb der Bevölkerung. Auf Demonstrationen wurden russische Fahnen geschwenkt und antifranzösische Parolen gerufen. Alle drei abgesetzten Präsidenten galten als pro-westlich, wohingegen die neuen Regierungen einen Kurs der Souveränität eingeschlagen haben.

In Niger ist die Situation ähnlich. Kurz nach dem Sturz ging die nigrische Bevölkerung auf die Straßen, um den Militärs ihre Unterstützung zu signalisieren. Dabei schwenkten sie zum Teil russische Fahnen. Einige Protestierende steckten die französische Botschaft in Brand. Niger ist ein wichtiger Militärstützpunkt Frankreichs und die letzte Bastion des Westens im Sahel. Frankreich hat umgehend alle französischen Staatsbürger aufgefordert, das Land zu verlassen und Sonderflugzeuge entsandt, um sie auszufliegen. Auch die deutsche Regierung hat ihre Staatsbürger dazu aufgefordert, das Land zu verlassen.



Die Nato-nahe Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas): Die Struktur ist durch eine starke Vormachtstellung Nigerias gekennzeichnet. Mittlerweile sind Guinea, Mali, Burkina Faso und Niger suspendiert. Ihnen droht nun Krieg mit den übrig gebliebenen. Grafik: DW

Die Putschregierung unter General Abdourahamane »Omar« Tchiani, der dem neugegründeten Nationalen Rat für den Schutz des Vaterlandes vorsteht, hat derweil den ehemaligen Finanzminister Ahmat Jidou in Gewahrsam genommen und verlangt Auskunft über verschwundene Gelder. Die vom Westen unterstützte Regierung Bazoum galt als korrupt, viele Gelder sind in finsternen Kanälen versickert. Die EU, insbesondere Frankreich, unterstützen den Eskalationskurs der ECOWAS. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell teilte mit: »Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen, die die ECOWAS als Reaktion auf den Staatsstreich ergriffen hat.«

Niger ist Teil des ehemaligen französischen Kolonialgebietes und als solches der französischen Wirtschaft und Politik unterworfen. Frankreich benötigt als zweitgrößter Uranverbraucher der Welt billiges Uran aus dem Niger, das über die reinsten und größten Reserven der Welt verfügt. Dieses wurde in der Vergangenheit von dem französischen Staatskonzern Orano (ehemals Areva), das sich Mehrheitsbeteiligungen an großen Uranerzminen gesichert hat, abgebaut und zu Spottpreisen an Frankreich verkauft, weshalb die Bevölkerung in dem Wüstenstaat zu einem großen Teil in Armut lebt. Als Reaktion auf das Aussetzen von Hilfgeldern seitens Frankreichs hat Niger die Ausfuhr von Uran und Gold nach Europa nun gestoppt und angekündigt, dieses zukünftig zu Weltmarktpreisen zu verkaufen. Doch auch für die USA ist der Umsturz eine Bedrohung. Denn das Land betreibt in Niger eine der größten Militärbasen auf dem afrikanischen Kontinent, von der aus die Drohnenkriege in der Region geführt werden.

Der Umsturz im Niger beschleunigt den Machtverlust des Westens in Afrika. Schon zuvor hat die Regierung Malis die französische und deutsche Regierung aufgefordert, ihre Soldaten aus dem Land abziehen. Diese waren dort seit Jahren aktiv, vorgeblich um Terroristen zu bekämpfen. Doch auch Mali verfügt über große Vorkommen wichtiger Bodenschätze wie Uran. Die Länder lösen sich aus dem neokolonialistischen Würgegriff des Westens, insbesondere Frankreichs. Auch wurde der deutsche Botschafter im Tschad Anfang des Jahres

des Landes verwiesen, als festgestellt wurde, dass er versuchte, Unruhe zu stiften. Die Machtverschiebungen in Afrika sind eine Folge des Krieges in der Ukraine. Russland und China beweisen ihre Stärke gegen den Westen und unterstützen die Staaten Afrikas bei ihrem Ausbruch aus den neokolonialen Abhängigkeiten. Nicht umsonst laden die BRICS bei ihrem Treffen in Südafrika Ende des Monats alle Staatschefs Afrikas ein, und hat Russland zum Russland-Afrika-Gipfel geladen, zu dem viele afrikanische Staatschefs angereist sind, einige trotz massiven Drucks aus dem Westen. Bazoum hat jedoch keine Delegation nach Russland entsandt, was das Fass im Niger zum Überlaufen gebracht haben könnte.

Die russische Regierung verurteilte offiziell den Putsch und forderte eine Rückgabe der Macht an den früheren Präsidenten Bazoum, sprach sich allerdings auch wiederholt gegen eine Einmischung von außen aus.

Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin hingegen bejubelte auf *Telegram* den Putsch. Wagner ist in Afrika, unter anderem in Mali, sehr aktiv und unterstützt die örtlichen Regierungen im Kampf gegen Terroristen oder diejenigen, die zu solchen erklärt wurden. Zu den Terroristen gehören nicht nur die Volksgruppe der Tuareg, die sich schon lange der Vertreibung von ihrem Weideland durch westliche Konzerne und lokale Regierungen widersetzen, sondern auch der Islamische Staat, Boko Haram oder Al Quaida. Am 6. August verkündete Prigoschin, dass die nigrische Militärregierung einen Vertrag mit Wagner abgeschlossen habe und eine Truppe der Wagner-Gruppe in Niamey eingetroffen sei, um die Hauptstadt zu schützen. Daraufhin reiste Victoria Nuland in den Niger, um dort mit den Putschisten »schwierige Verhandlungen« über die »Gefährdung der Souveränität durch die Wagner-Gruppe« zu sprechen. Sie musste allerdings erklären, dass die Militärregierung »wenig Interesse« an den Angeboten der USA gehabt hätte.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

## MELDUNG

RUSSLAND HAT MIT  
MARINEÜBUNG BEGONNEN

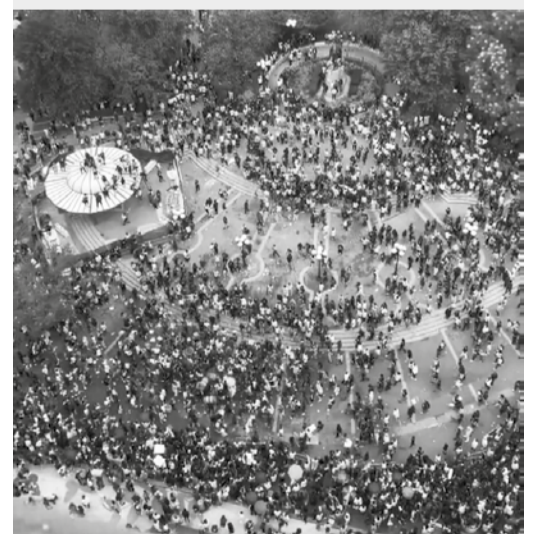
Moskau/DW. In der Ostsee hat Russland die Marineübung »Ozean Schild 2023« begonnen. An der Übung nahmen 50 Militärschiffe sowie 30 Flugzeuge teil. Insgesamt sind über 6.000 Militärangestellte unter der Leitung des Oberbefehlshabers der Marine, Admiral Nikolai Jewmenow, involviert. Geübt werden solle die Kommunikation auf See und der Transport von Truppen und militärischer Fracht. Nach der Übung sollen die Schiffe und Flugzeuge in ihre ständigen Stützpunkte zurückkehren. (ff)

MACRON BRINGT HAUSBESITZER  
UND MIETER GEGEN SICH AUF

Paris/DW. Das Macron-Regime verbietet die Vermietung von »klimaschädlichen« Wohnungen und Häusern. Von dieser totalitären Maßnahme sind Jahr für Jahr mehr Gebäude betroffen. Ziel: Man wolle die Hausbesitzer zur »energetischen Sanierung« zwingen. Die Folgen: Da die Kosten dafür sehr hoch sind und weil sie einen weiteren Preisverfall befürchten, stoßen immer mehr Eigentümer ihre Häuser ab. Die Preise für Altbauten sinken, das Mietangebot wird zunehmend knapper. (kmü)

NAWALNY ZU WEITEREN  
19 JAHREN LAGERHAFT VERURTEILT

Moskau/DW. Der russische Oppositionelle Alexei Nawalny wurde vom Moskauer Stadtgericht zu weiteren 19 Jahren Lagerhaft verurteilt. Er wurde wegen Bildung einer extremistischen Vereinigung schuldig gesprochen und wird seine Strafe in einer Sonderstrafkolonie verbüßen. Die Strafe für einen zweiten Angeklagten, den ehemaligen technischen Leiter von Nawalyns *YouTube*-Kanal, Daniel Cholodny, wurde hingegen noch nicht verkündet. Nawalny sitzt bereits seit 2021 in Haft, da er gegen Bewährungsauflagen einer früheren Strafe verstoßen hatte. (ff)



Union-Platz, New York am 4. August 2023.  
Foto: Videostill/Telegram

## DER WERTE-WESTEN, EIN SITTENGEMÄLDE

New York/DW. Nachdem der bekannte YouTuber Kai Cenat eine große Verschenkaktion von Elektronikspielzeug beim New Yorker Central Park angekündigt hatte, gerät der darauffolgende Auflauf am 4. August 2023 in Rage. Tausende kamen zusammen. Es kam zu Schlägereien und Festnahmen, im Kampf um die neuste Playstation und Geschenkkarten. Kai Cenat wurde mit dem Vorwurf der Volksverhetzung festgenommen. (ale/hes)



# AUFARBEITUNG!

Am 5. AUGUST 2023 kamen in Berlin rund 10.000 Demokraten zusammen. | Ein AUSZUG aus einigen Reden



Demokraten vor dem Brandenburger Tor am 5. August 2023 in Berlin. Sie feierten ihre Erfolge, wie die Abwehr des Spritzenzwangs und stimmten sich auf die Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes ein. Ein wichtige Forderung des Tages: Friedensverhandlungen für die Ukraine und zwar sofort. Co-Organisator Captain Future (rechts) wurde für seine erfolgreiche Arbeit zu Recht bejubelt. Fotos auf dieser Seite: Georgi Belickin/D



## Sie logen die Zahl klein

Auszug aus dem Rückblick  
Von Hendrik Sodenkamp

**A**m 25. März 2020 beschloss der Bundestag das sogenannte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Dieses trat am 27. März 2020 in Kraft.

Nur einen Tag später, am 28. März 2020 kamen auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin Demokraten zusammen und die dezentrale Demokratiebewegung entstand in ganz Deutschland. Überall standen die Menschen auf den Straßen und Plätzen ihrer Stadt und demonstrierten mit dem Grundgesetz für das Grundgesetz.

In Stuttgart entstand in diesem Zug die Initiative Querdenken. Der Unternehmer Michael Ballweg schaffte es vor Gericht Versammlungen anmelden zu können. Tausende kamen nach Stuttgart auf den Cannstatter Wasen. Für den 1. August meldete er eine Demonstration für 500.000 Menschen an. Und die kamen und noch mehr. Ein gigantischer

Wir kommen ja aus verschiedenen Bewegungen. Da ist die alte Friedensbewegung, da ist die neue Friedensbewegung, da ist die Demokratiebewegung, die Freiheitsbewegung, die Maßnahmenkritiker-Bewegung. Wir haben unterschiedliche Geschichten, wir haben eine unterschiedliche Kultur, wir haben auch unterschiedliche Denkungsarten. Doch diese Unterschiede müssen nichts Trennendes sein, wenn wir aufeinander zugehen, wenn wir Interesse aneinander haben, wenn wir nach Schnittpunkten von Gemeinsamkeiten suchen. Und diese sind in der Frage Frieden wichtiger denn je, denn der Ukrainekrieg kann absichtlich oder aus Versehen völlig außer Kontrolle geraten und alles zerstören.

Diese Wahrheit wollen die herrschenden Eliten verschweigen. Wir sollen sie nicht stören. Dabei ist Deutschland selbst zur Kriegspartei geworden. Durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten und durch die Waffenlieferungen ist Deutschland Kriegspartei. Wir sind Kriegspartei durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland und der ist völkerrechtswidrig. Nur der UN-Sicherheitsrat ist berechtigt Sanktionen zu verhängen. Die Wirtschaftssanktionen des »Wertewestens« sind Wirtschaftskrieg, sie sind Unrecht. Und wo Recht zu Unrecht wird – und das bleibt so –, bleibt Widerstand Pflicht.



## Viel verloren und mehr gewonnen

Auszug der Rede  
Von Michael Ballweg

**V**or drei Jahren habe ich mit einem großartigen Team die erste Demonstration von Querdenken-711 in Berlin organisiert. Und das ist deshalb entstanden, weil in uns in Baden-Württemberg das Demonstrieren verboten wurde.

Da haben wir geguckt: Wo ist es in Deutschland noch erlaubt mit unbeschränkter Personenzahl von Demonstranten? Die Demos auf dem Cannstatter Wasen waren schon so groß geworden, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg die Demonstration auf 5.000 Teilnehmer begrenzt hat. Da haben wir geguckt: Wo kann man denn noch unbegrenzt demonstrieren. Das war in Berlin und so sind die großen Demonstrationen entstanden.

Damals war ich noch erfolgreicher IT-Unternehmer, der aus Sorge vor einem übergriffigen Staat angefangen hat, Demonstrationen für die Grundrechte und Feste für Freiheit

und Frieden zu organisieren. Es gibt in der Geschichte keine vergleichbaren Großdemonstrationen in Deutschland und insbesondere keine zwei Großdemonstrationen innerhalb eines Monats. Wenn ich daran zurückdenke, die Bilder fröhlicher Menschen sehe, Momente der Einheit und Verbundenheit fühle, mich an die Herzensminuten und die Verbundenheit mit dem Universum erinnere, dann bin ich ganz bei mir und überwältigt davon, was wir gemeinsam schaffen können. Es war ganz besonders und einzigartig. Heute stehe ich hier, mein gesamtes Vermögen, einschließlich meiner Firmen, ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, und es kann sich nach Aussage meiner Anwälte noch drei bis zehn Jahre hinziehen. Ich war mehr als neun Monate unschuldig und aus politischen Gründen im Gefängnis, ich habe kein Konto und keine Wohnung und manche würden sagen: Er hat alles verloren. Das habe ich aber nicht. Im Gegenteil: Ich habe viel gewonnen. Das Leben ist heute viel echter und ehrlicher, ich habe tolle Menschen kennengelernt und ich erfahre eine tolle Unterstützung – moralisch, spirituell und auch finanziell und dafür möchte ich euch heute von Herzen danken.

Und ja, ich würde die Demonstrationen wieder organisieren. Ja, ich würde mich für die Grund- und Menschenrechte einsetzen und mich gegen eine Regierung stellen, die menschenverachtende Maßnahmen zur Eindämmung einer vermeintlichen Pandemie befiehlt, auch wenn es am Ende bedeutet, dass man mich dafür einsperrt. Ich möchte heute nochmals das Querdenken-Manifest betonen: Wir sind Demokraten, eine friedliche Bewegung, in der Extremismus, Gewalt, Antisemitismus und menschenverachtendes Gedankengut keinen Platz hat. Und die Ideale von Querdenken sind: Wir reden mit allen, die friedlich und gewaltfrei agieren, egal wie sie von Dritten bezeichnet werden. Wir eröffnen einen freien und demokratischen Debatte- raum. Wir stehen für Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das ist der Debatte- raum, in dem wir uns bewegen.



## Im Angesicht des Krieges gemeinsam für den Frieden

Auszug der Rede  
Von Christiane Reymann

**V**on hier oben sehe ich: Wir sind viele ist nicht nur ein Name. Wir sind viele ist Realität.

Wir leben ja in einer Zeit, in der es total modern ist, abzuschwören. Olaf Scholz, er kam von ganz links unten nach oben; Olaf Scholz schwört der Entspannungspolitik von Willy Brandt ab. Die Grünen schworen dem Pazifismus ab. Ich war 1982 im Bonner Hofgarten mit Hunderttausenden anderen. Wir wollten, dass die Atomraketen raus aus Europa kommen. Wir haben es leider nicht geschafft, sonst sähe es heute anders aus. Aber es gibt für mich keinen Grund, abzuschwören. Abrüstung, ein europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands sind heute nötiger denn je.



Umzug bildete sich durch die Stadt. Die Stimmung war euphorisch. »Die Pandemie ist vorbei!« Wir sind so viele! Gegen uns kann die Regierung nicht einfach weitermachen.

Der Umzug mündete auf der Straße des 17. Juni. Die Endkundgebung begann und wurde nach nur wenigen Sprechern von Polizeitruppen abgebrochen. Wir blieben friedlich. Wir haben das Zeichen gesetzt. Gegen so viele Menschen werden sie ihren lügnischen Obrigkeitsstaat nicht mehr durchziehen wollen. Am Abend erfuhren wir dann ihre Antwort: 17.000 sollten wir gewesen sein.

Sie logen die Zahl klein, jeder der sagte, dass es niemals nur 17.000 Menschen gewesen sind, wurde wiederum als Lügner und Verschwörungsideologe gebrandmarkt. Doch wir kamen wieder. Am 29. und 30. August 2020 waren die Tage der Freiheit in Berlin. Auf dem großen Stern. Diese Demonstration konnten wir durchziehen. Ein gigantisches Zeichen des Aufbruchs in ein demokratischeres Deutschland.

Wir waren gekommen, um zu bleiben. Doch die Polizei knüppelte in der Nacht und am Morgen alles nieder, was auf dem Platz war. Schwangere und alte Frauen wurden von dieser Regierung durch den Tiergarten gejagt, zu Boden geworfen und zusammengeschlagen.

Doch diese Bilder wurden nicht gezeigt, und auch nicht die Bilder der Hunderttausenden, die sich friedlich, ohne Waffen unter freiem Himmel getroffen hatten, um für Republik und Zukunft einzutreten. Nein, sie brachten eine Inszenierung eines »Sturm auf den Reichstag«. Ein Fototermin auf den Reichstagstrepfen unter maßgeblicher Beteiligung des Inlandsgeheimdienstes.

Kamen wieder Hunderttausende für die Demokratie, sollte Kaiser-Wilhelm wieder aus dem Grab hervor steigen. Der nächste *Cold Winter* kam. Wieder *Lockdowns*, *Masentestungen*, *7-Tage-Inzidenzen*, *Infektionsschutzgesetze*, *Bundesnotbremsen* und dann wieder Sommer und wieder August. – Der Widerstand lässt sich nicht verbieten.



## Entscheidend is' auf'm Platz

Auszug der Rede | Von Anselm Lenz

**Die Verfassungserneuerung ist das grundlegende Element der Republik, der Demokratie und überhaupt des Volkes seit jeher. Menschen entledigen sich einer Herrschaftsstruktur, weil sie sie einfach nicht mehr haben wollen.**

Hier ein Gruß an alle »Reformer«: Wenn man eines vom amerikanischen Kapitalismus-Modell lernen kann, dann dass man alles fordern muss, um auch nur ein bisschen zu bekommen. Das ist uns weiterhin etwas fremd, dass man so laut sein muss, aber ich erinnere hier einmal an Jean-Claude Juncker, einen Polittrik aus Brüssel, der bereits 1999 sagte, wie es in dem Nato-EU-Moloch funktioniert. Er sagte: Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was das beschlossen

wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

Das ist also das neue Politikmodell, das uns von Herrn Juncker bereits im Jahr 1999 vorgestellt wurde: Uns wird einfach etwas reingeknallt ins Leben und wenn wir nicht komplett ausrasten, dann machen die einfach weiter. Die machen ja nur das, was sie sagen: den Bruch mit der Verfassung, den Bruch mit dem Menschenrecht und seit diesem wahnsinnig tödlichen und schädlichen Injektionsterror auch den Bruch mit dem Nürnberger Kodex. Das wollen die offensichtlich. Demgegenüber ist das ständige Klingeln mit Frieden, Herzchen und gebatikten T-Shirts zwar sehr nett, aber auf Dauer, wenn es das Einzige ist, auch genau das, was die sehen wollen.

Bitte verstehen sie mich richtig, natürlich mache ich das auch. Aber gleichzeitig frage ich mich, ob der friedliche Anlauf, den der Kollege Sodenkamp und ich damals gemacht haben, die richtige Entscheidung war. Hätte man nicht komplett ausrasten müssen? Das mag in der Rückschau so sein, ich selber kann das aber nicht so einfach, und damals hatten wir auch noch einen anderen Kenntnisstand als heute. Und wir haben auch einiges erreicht.

Ich erinnere an den 5-Punkte-Plan. Es ist nicht verkehrt, bei den Sachen zu bleiben, die man bereits hat. Vor allem dann, wenn alle möglichen Leute einem die ganze Zeit abgewöhnen wollen, einmal grundlegende Forderungen zu stellen und erreichbare Ziele zu formulieren, anstatt zu sagen, man wolle eigentlich nur lieb sein und geht dann wieder nach Hause. Nein, wir haben einen gemeinsamen Feind und wir haben klare Ziele und schauen wir, wie weit wir damit gemeinsam kommen. Und das machen wir.

Das, was sich da für ein Geplänkel in Halb-Konzernmedien unser aller Demokratiebewegung heranwanzt, sollte uns nicht all zu sehr belasten. Wie der große Philosoph und Fußballtrainer Adi Preißler bereits sagte: Grau is' im Leben alle Theorie – aber entscheidend is' auf'm Platz. –Vielen Dank.



Das Letzte – von Anselm Lenz

## SEHR GEEHRTE DAMEN, ACHTBARE HERREN! HALLO KINDER!

Die erste der Free-Julian-Assange-Runden der DW-Akademie ist Dank hervorragender Referenten gelungen. Nach einem langen Demotag bewährte sich das kurze Volkshochschulformat. Diese Fragen sollten in kurzen Einführungsvorträgen beantwortet werden:

- »Wie geht das, was ich mache?«
- »Darf ich dabei mitmachen?«
- »Könnte ich soetwas auch selber auf die Beine stellen?«



Kulturwissenschaftler, Dramaturg, Konzertpianist, Journalist und seit 2020 auch Verleger: Hendrik Sodenkamp führte im Volkshochschulprinzip in das Machen einer Wochenzeitung ein – von der Gründung über die Organisation aller notwendigen Elemente vom Aufmacher bis zur Zustellung – und einem unternehmerischen Überblick.



Der Münchener Journalist und Filmproduzent Jimmy Gerum gründete und organisierte die Medienmahnwachen Leuchtturm-ARD (siehe Seite 6). Bei der ersten Free-Julian-Assange-Runde der DW-Akademie referierte er über Schiller – und er beantwortete die Ausgangsfrage der #AquaVD1: »Wie geht das, was Sie machen?«



Zum Artikel 5 des Grundgesetzes (siehe Seite 16): Der Journalist, Medienentwickler und Künstler Kayvan Soufi-Siavash (Ken Jepsen) gelang eine 360-Grad-Rundschau mit Wissens- und Strategievermittlung im Audimax der DW-Akademie. Im #Format folgte um Mitternacht nach Filmemacher Oliver Stone live. Fotos: DW/Georgi Belicki

Ab dem zweiten Halbjahr 2023 wird es in allen Regionen des Unrechtsstaates zu diesen Free-Julian-Assange-Runden (m/w) kommen. Mit akademischem Gruß und einem dreifachen »Glück auf!«

Anselm Lenz  
Journalist, Verleger,  
zum Newsletter per [NichtOhneUns.de](mailto:NichtOhneUns.de)



## Lasst Julian Assange endlich frei!

Auszug der Rede  
Von Kayvan Soufi-Siavash

**Die Bundesrepublik Deutschland ist in einem erbärmlichen Zustand. Es herrscht ein Klima des Misstrauens, ein Klima der Angst, mit seiner Mei-**

**nung nicht dem diktierten Zeitgeist zu entsprechen und damit ins Fadenkreuz selbsternannter Schergen eines selbsternannten Wahrheitsministeriums zu geraten.**

Dieser menschengemachte politische Klimawandel ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer von Think Tanks ersonnenen Agenda, die mittels Massenmedien seit Jahren konsequent umgesetzt wird. Und diese Agenda lautet: Es gibt zu jedem *Mainstream*-Thema ab sofort nur noch eine Meinung und die wird von privaten Konzernen und extrem reichen Einzelpersonen in abgeschlossenen Zirkeln beschlossen, von der Politik verkündet und von den Massenmedien durchgepeitscht. Was ist daran demokratisch? Nichts!

Mit dem Aufkommen ernsthafter politischer Konkurrenten wie China und Russland haben der Westen bzw. die USA sich von der UN-Charta verabschiedet und im Anschluss die sogenannte regelbasierte Weltordnung verkündet. Was bedeutet das konkret? Es bedeutet, dass, wann immer es einer elitären Gruppe passt, mit dem Ausnahmezustand regiert wird. Mitbestimmung ist *out* und Demokratie nicht mehr zeitgemäß. Der Bürger heißt nur noch Bürger, weil er für die Folgen der Machtergreifung durch den Geldadel bürgt. Im Alltag hat das Folgen und zwar für jeden.

Wer als Deutscher die ihm stets verkaufte Demokratie, das Grundgesetz, allzu ernst nimmt, dem wird so effektiv wie möglich das Maul gestopft. Und wir alle schauen zu – parallelisiert und ohnmächtig. Sie, die Zuschauer selbst, sind das eigentliche Ziel dieser Jagd auf den Einzelnen, der sich nicht beugen will. Sie, die passive Masse, sollen sehen, was passiert, wenn der Einzelne nicht spurt. Bestrafe einen, erziehe Tausende! An dieser Stelle: Wie kann es sein, dass im Wertewesten ein Julian Assange immer noch hinter Gittern sitzt?

Demokratie, sprich die Herrschaft durch das Volk und damit das Recht auf Widerspruch und Zweifel am Kurs der Regierung ist vom Staat inzwischen so ernst gemeint wie der angegebene Verbrauch bei SUVs. Die Gebrüder Grimm und ihre Märchen scheint man sich hier im Regierungsviertel als Vorbild genommen zu haben. Kleiner Unterschied: Wer seinerzeit ein Märchen der Gebrüder Grimm nicht hören wollte oder wer es nach dem Hören einfach als das bezeichnete, was es war, nämlich ein Märchen, der bekam deshalb keinen Stress mit den Grimms. Die Grimms schickten auch keine privaten Schlägertrupps im *Antifa-Look* oder freidrehende Behörden-Mitarbeiter oder NGOs in die Spur, um dem aufmüpfigen Märchenkonsumenten auf Linie zu bringen. Es gab damals keine Linie.



# Von Plünderern »im Dienst«

Die frankreichweite Revolte ist abgeflaut. Aber unter der Oberfläche brodeln es weiter. Kann sich die fünfte französische Republik noch halten? DW-BERICHT und AUFARBEITUNG in mehreren Teilen von Anselm Lenz aus Clermont Ferrand und Berlin (Teil 4)

**N**achdem der Staatsapparat den 17 Jahre jungen französischen Staatsbürger Nahel M. am Montag, 27. Juni 2023 erschossen hatte, entstand eine landesweite Revolte gegen das Regime. Doch ab dem Freitag waren nur noch Plünderungen zu sehen.

Seit den Verfassungsgebenden Versammlungen »Nuit Debout« (nachts aufgewacht) und den landesweiten Barrikaden der Gelbwesten ist die Akzeptanz der Fünften Republik durch das französische Volk in Frage gestellt. Dafür gibt es Gründe, nämlich den Konflikt zwischen Volk und Herrschaft, der ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller und mittlerweile de-facto-militärischer Natur ist. Die Regierung der Konzerne handelt sich mit Notverordnungen, Gewaltmaßnahmen, Corona-Lügen und dem Nato-Stellvertreterkrieg von einer Schiefelage in die nächste. Die Legitimität des Apparates ist angeschlagen, die Akzeptanz schwindet.

## SOZIALE KONFLIKTE UND AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

Unsere französischen Verlagsfreunde sind sich sicher: »Ab Freitag 30. Juni waren ganz eindeutig Terrormaßnahmen des Staates zu sehen. Die Revolution sollte absichtlich von Plünderungen und Bildern von Maskierten mit Maschinenpistolen in den Straßen kaschiert werden!« Das Ziel: »Die Verängstigung des Volkes, das sich nicht mehr traut, an der Massenbewegung gegen die Zentralregierung in Paris und etwa den Spritzengenozid zu beteiligen«, so Serge und Hermineh, die wir in der früheren Industriemetropole Clermont treffen.

Ab Morgen des 1. Juli gab die Regierung der im Volk verhassten Regierung Emmanuel Macrons bekannt, 45.000 Inlandstruppen im Bürgerkrieg gegen das Volk einzusetzen. Man munkelte, dass auch in der Exekutive wenig Bereitschaft zur Unterdrückung vorhanden ist: »Die Mobilisierung könnte schwierig werden. Ein Teil der zu Mobilisierenden kämpft bereits auf der Straße – gegen die Regierung«, hieß es aus der Kampfzone Marseille.

»Es war und ist ein Bürgerkrieg«, widerlegen unsere Frankreichexperten die Neigung deutscher Konzernmedien, die tagelange und landesweite Revolte als eine bloß heftig eskalierte Randerscheinung von problematischen Ausländern abzutun. »Die Welt ist nicht in Ordnung und nur ein paar Tausend Idioten drehen durch – das stimmt überhaupt nicht. Wir sind zusammengenommen viele Millionen Menschen in Frankreich.« Der Herrschaftsapparat tue alles, um sich eine Art »Ewiges Leben« zu verschaffen (vgl. Werner Köhne in DW). Doch die Halbwertszeit ist abgelaufen, da sind sich Serge und Hermineh sicher. Jetzt gehe es sinngemäß darum, ob sich die Demokraten der Welt an die Front treiben, abschlagen und wegspritzen ließen – oder ob sie sich konsequent erhöhen und durchsetzten.

## LUKRATIVE APOKALYPSE

In »Das Konspirationistische Manifest« der weltbekannten französischen Autorengruppe Unsichtbares Komitee / Anonym, erschienen 2023 in der deutschen Originalübersetzung bei Sodenkamp & Lenz Berlin, heißt es zu den neuen autoritären Corna-Lügen-, Kriegs- und Unterdrückungsregimes im Westen (Seite 89): »Ende 2019 brach sich eine umfassende Krise der weltweiten Herrschaft Bahn. Eine historische Ausstiegsluke



In Drancy nördlich von Paris wurde in der Nacht auf 1. Juli 2023 ein gekaperter Tieflader eingesetzt, um die Pforte zu einer Einkaufsmeile zu öffnen. Fotoausschnitt: Anonym

öffnete sich. In Frankreich war die bestialische Niederschlagung der Gelbwesten noch in allen Köpfen und die Polizei wurde in etwa so verabscheut wie das Regime, das sie sadistisch verteidigt hatte. Die Möglichkeit, von den Schienen einer kaputten Zukunft herunterzukommen, zog ganze Völker an sich an. Man musste etwas wagen. Man musste das Ruder wieder in die Hand nehmen, koste es, was es wolle. Jene, für die eine solche Abzweigung den Ruin bedeuten würde, versuchten, sie durch eine Verschwörung zu ersetzen, um auf den Schienen ihrer lukrativen Apokalypse zu bleiben.«



Am 2. Juli 2023 taucht dieser Ausschnitt aus der Stadt Lille auf. Ein mit der »Kinderschändermaske« des Regimes bestückter, offensichtlich junger und drahtiger Plünderer, trägt eine Kriegswaffe aus dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine über die Rue Léon Gambetta. Es ist nicht das einzige Dokument dieser Art. Es fällt bei allen auf: Gelbwesten oder Nordafrikaner sehen ganz anders aus. Die ganze Erscheinung deutet auf die »Fake-Antifa« hin – und damit auf die Dienste, also den neofaschistischen Verbund aus Tiefem Staat und Konzernen.

Fotoausschnitt: ici\_ClezgaVideostill: Anonym

➔ Fortsetzung in Ausgabe 144

Neu!

## VERANSTALTUNGSKALENDER

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • »Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, [wichowaka@outlook.de](mailto:wichowaka@outlook.de)

22.08.2023 • Bad Zwischenahn; Forum Schulzentrum, Humboldtstr. 1 • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr • Tickets vor Ort 15€, für Schüler Eintritt frei • weitere Informationen unter [seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag](http://seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag)

23.08.-2023 • Annweiler; Restaurant Reiwerte, Flitschberg 7, 76588 Annweiler • VORTRAG • »Entwicklung der Rechtsprechung während und nach den C-Verordnungen« von Dr. Martin Schwab • 17:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter [info@reiwerte.de](mailto:info@reiwerte.de)

30.08.2023 • Hamburg; Theater ADU, Ernst-Mittelbach-Ring 47, 22455 Hamburg • STAND-UP-COMEDY • »Cancelled Comedy Club« von und mit Nikolai Binner • 20:00 Uhr • Tickets: 25,69€ unter [eventbrite.de](http://eventbrite.de)

01.-03.09.2023 • Weimar; historisches Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit MartinaGebhardt-Quartett, Votum, Lauschkonzert, Ulrike Guérot & Gabriele Gysi, Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, Uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: [dasfestival.eu](http://dasfestival.eu)

02.09.2023 • Leberdorf (Sachsen-Anhalt, bei Könnern) • SOMMERFEST/ KONZERT • »Friedenskonzert« mit Björn Banane und Yann Song King • ab 16:00 Uhr • Eintritt: 25€ unter 18 Jahre Eintritt frei • Vorverkauf unter [www.bernborg-steht-auf-ev.de](http://www.bernborg-steht-auf-ev.de)

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz An der Buschheide, Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an [veranstaltung@demokratischerwiderstand.de](mailto:veranstaltung@demokratischerwiderstand.de) Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

## UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdInYndGyEYwI

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



## DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



## DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 143 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 117 vom 7. Januar 2023.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:  
[demokratischerwiderstand.de/abo](http://demokratischerwiderstand.de/abo)



DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.  
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an  
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



**MINIMA MORTALIA**  
Werner Köhne  
Sodenkamp & Lenz  
ISBN: 9783982274508 †



**DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.**  
Anonym  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-9-1



**CHRONIK EINER ABRECHNUNG.**  
Flo Osrainik  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-7-7



**DIE CORONA-LITANEI - Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens**  
Dr. Werner Köhne  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-8-4



**DAS CORONA-ABC:**  
Von Alarmismus bis Zensur  
Schwarzbuch Corona Band II  
Sven Magnus Hanefeld  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-6-0



**CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.**  
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,  
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,  
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-5-3



**WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?**  
Gunner Kaiser (Hg.)  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-3-9



**SCHWARZBUCH CORONA.**  
Erster Band. Die Erkenntnisse des  
Corona-Ausschusses  
Uli Gellermann, Tamara  
Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp &  
Lenz Verlagshaus,  
ISBN: 978-3-9822745-1-5



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21**  
Redaktion: Casey Koneth mit  
Beiträgen von u.a. Beate Bahner,  
Robert F. Kennedy Jr., Daniele  
Ganzer, Prof. Giorgio Agamben  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-2-2



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22**  
Redaktion: Casey Koneth mit  
Beiträgen u.a. von Nina Adlon,  
Prof. Hans-Jürgen Bandelt,  
Ken Jepsen Milosz Matuschek  
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus  
ISBN: 978-3-9822745-4-6



**OHNMACHT DER REZENSIONEN**

KOLUMNE MEDIEN  
von Prof. Michael Meyen

**Für das Kino gibt es eine neue Regel. Wenn die Leitmedien einen Film verreißen, sollte man hingehen – zu Oppenheimer zum Beispiel. Christopher Nolan gegen den Atomkrieg: Das sind drei Stunden Politunterricht vom Feinsten.**

»Totalausfall« steht über der Besprechung von Tobias Kniebe in der *Süddeutschen Zeitung*. Der »Meisterregisseur« habe es diesmal »gründlich verbockt«. Viel zu lang und längst nicht so spektakulär wie erhofft, sagt Florian Eichel in der *Zeit*. Und Fabian Tietke in der *taz*: ein »etwas biederer, solider, sehr epischer und sehr vom Geniekult geprägter Film«. Die Geschichte Oppenheimers fasziniere zwar bis heute, aber dieser Schinken da im Kino, nun ja. Selbst an Cillian Murphy, Nolans Star, bleibt kaum ein gutes Haar. Die meiste Zeit »blass«, sagt *taz*-Tietke.

Wer weiß, welchen Film diese Rezensenten da gesehen haben. In Christopher Nolans *Oppenheimer* ist alles drin, was uns im Hier und Jetzt bewegt – auch vieles von dem, was die Leitmedien ausblenden oder an den Rand schieben. Die Wissenschaft als Magd der Politik, als Geisel der Sicherheitsbehörden und als Parteilägerin des Militärs. Ethik als Stoff für Sonntagsreden, die montags nicht mehr wahr sind. Die Inquisition gegen Andersdenkende, die selbst dann zupacken kann, wenn es um den größten Helden der Nation geht.



Die Physiker Albert Einstein und Robert Oppenheimer im Jahr 1947. Foto: Commons

Nolans Protagonist lernt, dass der Staat, der ihn einst wachsen ließ, jede Waffe einsetzen wird, völlig unabhängig vom Kriegsstand. Also plädiert er dafür, die Forschung zu begrenzen, und so oder so alles, was man herausbekommt, mit dem größten Feind zu teilen – mit der Sowjetunion. Wenn alle wissen, was auf sie zukommen würde, und keine Seite überlegen ist, dann, so das Kalkül, wird niemand auf den Knopf drücken.

Entdeckung, Jubel, Tod: Das steckt alles drin in einer Szene, in der das Beifallsgetrampel im Hörsaal erst nach Gleichschritt klingt und dann zu weißer Asche zerfällt. In der *taz* spricht Fabian Tietke von »Edelreenactment« – »bieder« und »treudoof«. *Oppenheimer* sagt in grandiosen Bildern, dass der Westen auf Russland zugehen muss, wenn wir alle weiter auf dieser Erde leben wollen. Im Kino haben das jetzt schon mehr als zwei Millionen Menschen gesehen.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



**SPORT MIT BERTHOLD**  
**DER TRANSFER-FERNSEHMARKT**

**Die neue Fußball-Saison beginnt. Das Transferfenster schließt allerdings erst am 1. September (18 Uhr), daher erwarte ich noch Bewegungen auf dem Transfermarkt.**

Was passiert mit Harry Kane und dem FC Bayern? Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe sah es so aus, als würde der Transfer des englischen Topstürmers von den Tottenham Hotspur an die Säbener Straße kurz bevorstehen. Seit Robert Lewandowskis Abgang haben die Bayern keine richtige Neun mehr. Kane könnte helfen, heißt es. Ich bin skeptisch: Zu teuer, zumal er mit 30 Jahren schon in einem recht hohen Alter ist. Die englische Premier League bedient sich umgekehrt mehr und mehr in der Bundesliga: RB Leipzig etwa verkaufte seine Leistungsträger Gvardiol und Szoboszlai an Manchester City.

Was bedeuten diese Vorgänge im Hinblick auf das neue Fernsehrecht paket der DFL? Die italienische Serie A, die vor der Bundesliga ein neues Rechtspaket abschließen wird, teilte mit, dass sie von einem Rückgang der Erlöse um etwa 30 Prozent ausgeht. Die Anbieter in Deutschland sind mehr oder weniger dieselben. Streamingdienst DAZN schreibt rote Zahlen, Pay-TV-Sender Sky soll verkauft werden. Das sind keine guten Rahmenbedingungen für Wachstum. Dazu kommt die unterschiedliche Interessenlage der 36 Erst- und Zweitligisten. Ob die DFL einen eigenen TV-Sender gründet, bleibt abzuwarten.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



**»KEIZUMICOSCHI«**  
**THE SHOW MUST GO ON**

KOLUMNE CHRISTEN  
IM WIDERSTAND  
von Dr. Günther Riedl

**In Andersens Märchen »Des Kaisers neue Kleider« geben Betrüger vor, dem Kaiser wunderschöne Kleider zu weben, die aber unsichtbar sind für jeden, der für sein Amt nicht taugt oder unverzeihlich dumm ist.**

Die Kleider sieht man nicht, weil sie nicht da sind – doch keiner gibt das zu, denn jeder denkt, nur ihm ginge es so. Der Kaiser trägt die nicht vorhandenen Kleider auf einer Prozession, und alle äußern sich bewundernd – bis ein kleines Kind ausruft: »Aber er hat ja nichts an!« Das verbreitet sich im Volk, bis alle es rufen.

Der Kaiser realisiert, dass die Kleider eine Luftnummer sind. Er gibt es aber nicht zu, sondern hält den Umzug bis zu Ende durch.

Die Corona-Märchendarsteller sind auch nackt, doch sie machen dreist weiter: Kleiderlosigkeit ist nun die angesagte Kleidung. Sie wissen, dass sie nichts anhaben, damit man ihnen aber nichts anhaben kann, denunzieren sie unaufhörlich andere. 1.000 Verfahren wegen angeblich »unrichtiger Gesundheitszeugnisse« sind anhängig gegen Ärzte, die viele Menschen vor Schaden bewahrt haben.

Über meine »Straftaten« wird nach jahrelanger Verfolgung am 29. August in einer dritten und letzten Gerichtsverhandlung entschieden. Wer sich dem Unrecht nicht gebeugt hat, wird bezichtigt, das Recht gebeugt zu haben. Verursacher und Verfechter der schädlichen Maßnahmen lenken so von ihrer Schuld und ihren Lügen ab.

Wenn etwas nicht mehr zu vertuschen ist, ziehen sie »alternative Wahrheiten« an den Haaren herbei: Die Hitze sei schuld an der Übersterblichkeit, der Klimawandel erhöhe die Fehlgeburten-Rate. Weil

der Krankenstand durch Impfgeschädigte drastisch steigt, nennt man sie Long Covid-Patienten. Und trotz Geburtenrückgang und sinkender Lebenserwartung heißt es unisono: KEIZUMICOSCHI! – KEIn ZUSammenhang MIT Corona-SCHutzImpfung (Wortschöpfung des Puppenspielers Lutz Männel aus Oppach in Sachsen).

Das ist kognitive Dissonanz, ein Zustand, der durch unvereinbare Wahrnehmungen ausgelöst wird. Warum hört es nicht auf? Weil da ein Vater der Lüge ist, der Satan. Es entspricht seinem diabolischen Charakter, dass er, wenn die Blase geplatzt ist, den Inhalt umdeutet oder davon ablenkt. Die Wahrheit macht frei! Wer die Lüge zugibt und sich der Wahrheit stellt, mit dem lässt sich reden. Verschwenden Sie Ihre Zeit und Nerven nicht an andere!

Zur Überwindung von Covid-Folgen könnte Willigen auch mein *Skript* dienlich sein: [christen-im-widerstand.de/material/gesundheit/](http://christen-im-widerstand.de/material/gesundheit/)

Dr. Günther Riedl, bis 2020 Kinderarzt in Uelzen, 70-jähriger Christ im Widerstand.



## Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

### Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

### Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

### Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

### Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

### Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

### Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

### Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

### Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

### Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

### Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

### Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

### Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

### Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnissen verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

**Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

## BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG

ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 144 erscheint am Samstag 19. August 2023!

## SO GEHT ES: ↓

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite [demokratischerwiderstand.de](http://demokratischerwiderstand.de)

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite [demokratischerwiderstand.de](http://demokratischerwiderstand.de) oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

## BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____
TELEFON • E-MAIL _____
STRASSE, HAUSNUMMER _____
POSTLEITZAHL UND ORT _____

DW-Zeitung  
Postfach 35 02 16  
10211 Berlin